

Lindauer Gedenkweg



Verfolgung und Widerstand
1933 – 1945

Karl Schweizer
Lindauer Gedenkweg
Verfolgung und Widerstand 1933–1945

Impressum:

Lindauer Gedenkweg – Verfolgung und Widerstand 1933–1945

Herausgeber: Stadt Lindau (B) 2010

Autor: Karl Schweizer

Einleitung: Heiner Stauder

zu beziehen über:

Stadtmuseum Lindau, Marktplatz 6

E-Mail: Kulturamt@lindau.de

Stadtarchiv Lindau, Maximilianstr. 52

E-Mail: stadtarchiv@lindau.de

Schutzgebühr: 2 €

gedruckt mit freundlicher Unterstützung der

STIFTUNG ERINNERUNG

Walther und Ingrid Seinsch

Druck:

LINDAUER DRUCKEREI Eschbaumer GmbH & Co.

www.lindauerdruckerei.de

Abb. Titelseite: Postkarte Hafenausfahrt Lindau in der NS-Zeit (Ausschnitt)

Abb. Rückseite: Brief von Alois Huber aus dem KZ Dachau an seine Mutter in Lindau, Weihnachten 1940

Vorwort

Mit der Herausgabe des Gedenkweges zu Verfolgung und Widerstand in Lindau 1933 bis 1945 setzt die Stadt ein Zeichen. Die Broschüre soll helfen, die Erinnerung an Entrechtung und Demütigung, an Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung wach zu halten.

In 28 Stationen werden einzelne Schicksale aus der Anonymität geholt. So macht der Gedenkweg deutlich, dass die Opfer nicht aus fernen Regionen stammen, sondern dass sie unsere Nachbarn waren, in unserer Stadt wohnten und arbeiteten, dass auch in unseren Straßen Zeugnisse ihres Leids und ihres mutigen Widerstandes gegen ein menschenverachtendes System zu finden sind.

Ich danke Herrn Karl Schweizer, der Namen und persönliche Daten von Opfern des Nationalsozialismus recherchiert und gesammelt hat, um ihre Geschichte zu beschreiben.

Herrn Stadtarchivar Heiner Stauder M.A. und der Leiterin des Kulturamtes, Frau Dr. Angela Heilmann, sei gedankt für ihre Hilfe bei der Drucklegung sowie Herrn Stauder für seine Einführung, die den Lesern zum besseren Verständnis für die Voraussetzungen und die Entwicklung der nationalsozialistischen Ideologie und ihrer Auswirkungen in unserer Stadt dient.

Herzlicher Dank gilt der STIFTUNG ERINNERUNG und ihrem Stiftungsvorsitzenden Herrn Walther Seinsch für den großzügigen Zuschuss zum Druck der Broschüre.

Der Gedenkweg, der im besonderen an Schulklassen, Erzieher und Lehrer gerichtet ist, lädt die junge, naturgemäß nicht mehr unmittelbar betroffene Generation ein zur Diskussion. Ich wünsche mir, dass die Erinnerung Menschen in unserer Stadt zum Nachdenken anregt. Denn nur wer sich erinnert, kann aus der Geschichte lernen. Gedenken an die Opfer und lebendige Erinnerung sind Voraussetzung für eine friedvolle Zukunft in Europa.

Petra Meier to Bernd-Seidl
Oberbürgermeisterin

Der Nationalsozialismus – Hinweise zu seiner Entwicklung in Deutschland und Lindau

Die Vorgeschichte

Die nationalsozialistische Bewegung entstand in den Krisen-
jahren nach der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg. Eine
Revolution hatte die Monarchie beseitigt, an ihre Stelle trat im
Februar 1919 eine parlamentarische Demokratie, die Weimarer
Republik. Sie wurde von radikalen Gegnern heftigst attackiert:
einerseits von extremen Linken (Spartakisten, Kommunisten), die
nach russischem Vorbild ein Rätssystem zu errichten suchten,
andererseits von starken rechts gesinnten Kräften, die der jungen
Republik unter anderem die harten Bestimmungen des Versailler
„Schmachfriedens“ (Gebietsabtretungen, Reparationen, Rüs-
tungsbeschränkungen, Alleinschuld am Krieg) anlasteten.

Rassenlehre und Antisemitismus

Die einschneidenden Veränderungen verunsicherten den
„braven Bürger“. Eine galoppierende Inflation fraß seine Erspar-
nisse auf. Wie hatte es soweit kommen können? Eine einfache
Antwort bot die „(deutsch-) völkische“ Bewegung: Die Juden! Sie
waren in ihren Augen an allem schuld, an Niederlage, Revolution
und Inflation. Hinter diesem radikalen Antisemitismus (= Juden-
feindschaft) standen pseudowissenschaftliche Lehren des aus-
gehenden 19. Jahrhunderts. Ihre Anhänger glaubten an die Un-
gleichheit der menschlichen Rassen und übertrugen die
Erkenntnisse des britischen Gelehrten Darwin über den Kampf
ums Dasein in der Natur auf das Zusammenleben der Menschen
(„Sozialdarwinismus“). Sie betrachteten die Geschichte als einen
ständigen Rassenkampf – auf der einen Seite die „arischen“ bzw.
„nordischen „Herrenmenschen“, auf der anderen Seite slawische
und semitische „Untermenschen“ – hier Deutsche und andere
Germanen, dort Russen, Polen usw., vor allem aber die Juden.
Wer Jude war, das war in den Augen der „Völkischen“ nicht in
erster Linie eine Frage der Religion, sondern der Rasse. Zur jüdi-
schen Rasse zählten für sie nicht nur die Glaubensjuden, son-
dern auch Christen und Atheisten, deren Vorfahren der jüdischen
Religion angehört hatten. Man unterstellte den Juden, dass sie
„parasitär“ die „Rassereinheit“ ihres „arischen Wirtsvolkes“ und
damit seine Widerstandsfähigkeit zersetzten. Die Weimarer
Republik galt als das Werk von Juden.

Völkische Gruppen und Verbände

Für die „deutsch-völkische“ Bewegung, die nach Kriegsende erheblich anwuchs, war die „Judenfrage“ ein zentrales Problem, das „gelöst werden musste“ – mit allen Mitteln, auch mit Mord. Es gab zahlreiche, oft miteinander rivalisierende Verbände. Der größte war zunächst der 1919 gegründete „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“ (DVSTB), der 1922 nach dem Mord an Außenminister Rathenau, einem Juden, verboten wurde. Ebenfalls 1919 gründete sich in München die „Deutsche Arbeiterpartei“ (DAP) mit kaum mehr als 40 Mitgliedern. Sie übernahm vom DVSTB das Emblem des Hakenkreuzes, das als „arisches Heilszeichen“ galt. Wenige Monate nach ihrer Gründung stieß Adolf Hitler zu der unbedeutenden Splittergruppe.

Adolf Hitler

Obwohl Hitler, geboren 1889 in Braunau, Österreicher war, diente er im Ersten Weltkrieg als Freiwilliger in einem bayerischen Regiment. Nach der deutschen Niederlage sah er seine Lebensaufgabe darin, für den Wiederaufstieg des deutschen Volkes zu kämpfen, und zwar im Sinne der „völkischen“ Ideologie, wie er sie vor dem Krieg in ihrer Hochburg Wien kennen gelernt hatte. Dort hatte er nach Abbruch der Realschule und gescheiterter Aufnahme in die Kunstakademie zwischen 1907 und 1913 eine bescheidene Existenz als Gelegenheitsmaler und Männerheim-Bewohner gefristet.

Hitler machte sich dank seines rhetorischen Talents in der DAP bald unentbehrlich. 1921 trat er an ihre Spitze. Bereits im Vorjahr hatte er ihre Umbenennung in „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ (NSDAP) herbeigeführt. „Sozialistisch“ verstand er nicht im marxistischen, sondern im „völkischen“ Sinne. Ziel war es, auch die Arbeiter für die angestrebte „Volksgemeinschaft“ zu gewinnen, in der unter einem allmächtigen Führer alle politischen und sozialen Gegensätze aufgehoben sein sollten. „Du bist nichts, Dein Volk ist alles“, lautete eine einschlägige Parole. Für das Überleben des deutschen Volkes war es in Hitlers Augen unabdingbar, seinen „Lebensraum“ nach Osten zu vergrößern und seine „Rassereinheit“ wiederherzustellen. Daher sollten aus „rassehygienischen“ Gründen alle „parasitären“ Elemente - Juden, aber auch Zigeuner, Behinderte, Erbkrankte, Homosexuelle und sonstige Außenseiter - aus der „Volksgemeinschaft“ entfernt werden. Das galt auch für alle, die diese Ideologie aus weltanschaulichen Gründen ablehnten, seien es Demokraten, Gewerkschafter, Sozialisten, Kommunisten, Christen usw. Dank seiner

agitatorischen Fähigkeiten gelang es Hitler, die NSDAP, die seit 1921 über einen paramilitärischen Kampfverband, die SA (= Sturmabteilungen), verfügte, zu einem der führenden „völkischen“ Verbände in Bayern mit ca. 50.000 Mitgliedern zu machen. Im November 1923 allerdings misslang der „Marsch auf Berlin“. Hitler wurde zu fünf Jahren Festungshaft in Landsberg verurteilt, jedoch wegen guter Führung bereits Ende 1924 wieder auf freien Fuß gesetzt.

Der Aufstieg der NSDAP

Nach seiner Entlassung fand Hitler zunächst kaum Gehör. Während der „Goldenen Zwanziger“ stießen radikale politische Ideen auf nur geringe Resonanz. Das änderte sich im Gefolge der Weltwirtschaftskrise von 1929. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 1,3 auf 6 Millionen Anfang 1933. Diese Entwicklung trieb viele Wähler entweder in die Arme der Kommunisten oder in die der Nationalsozialisten. Hitler nutzte die Gunst der Stunde und präsentierte sich als Retter und Heilsbringer, der allen, die es hören wollten, rasch eine Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Lage versprach. Es gelang ihm, Wähler an sich zu ziehen, die er allein mit radikal „völkischer“, antisemitischer Propaganda nicht hätte erreichen können, die aber aus Angst vor Arbeitslosigkeit und Kommunismus für ihn votierten. Bei der Reichstagswahl von 1930 fuhr die NSDAP riesige Gewinne ein: Ihr Stimmenanteil wuchs von 2,6% auf 18,3%, die Zahl ihrer Mandate von 12 auf 107. Dieses Ergebnis konnte sie beim nächsten Urnengang am 31. Juli 1932 nochmals verdoppeln auf 37,4% bzw. 230 Sitze. Die NSDAP wurde somit zu einer Volkspartei, deren Mitglieder und Wähler aus allen Bevölkerungsschichten stammten. Ihren Kern bildeten Angehörige der alten (klein-) bürgerlichen städtischen Mittelschichten und der kleinen Landwirte. Auch Arbeiter stießen zu ihr, vor allem nicht organisierte aus kleineren und mittleren Betrieben. Die organisierten Arbeiter dagegen waren Stammwähler von SPD sowie KPD, sie waren gegenüber der nationalsozialistischen Propaganda ebenso resistent wie die in ihrem Milieu verwurzelten Katholiken. Deren politische Heimat waren das Zentrum bzw. in Bayern die Bayerische Volkspartei (BVP). Der Aufstieg der NSDAP ging daher zu Lasten des liberal-konservativen bürgerlichen Parteienspektrums. Er schien allerdings gestoppt, als die NSDAP bei der nächsten Reichstagswahl am 6.11.1932 ein deutlich schlechteres Ergebnis als drei Monate zuvor erzielte (33,1% bzw. 196 Mandate). Trotzdem blieb sie stärkste Partei vor der SPD und der KPD.

Hitlers „Machtergreifung“

Als Chef der stärksten Partei wurde Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt. Rechtskonservative Kreise aus Industrie, Großgrundbesitz, Militär und Verwaltung hatten Reichspräsident von Hindenburg dazu überredet. Sie glaubten, Hitler für ihre Pläne eines autoritären Deutschland benutzen zu können – in der irrigen Annahme, ihn schnell wieder los zu werden. Hitlers Wille zur Macht ließ sich jedoch nicht aufhalten. Im Besitz von Schlüsselpositionen wie der Polizeigewalt gelang es ihm, innerhalb weniger Monate seine Gegner und Konkurrenten auszuschalten. Zwar konnte die NSDAP bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 trotz allen Drucks auf ihre Gegner mit 44% nicht die absolute Mehrheit erringen. Dazu benötigte sie die 8% ihres Koalitionspartners, der rechtskonservativen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Aber sowohl deren Abgeordnete als auch die aller anderen bürgerlichen Parteien stimmten am 23. März 1933 zusammen mit den Mandatsträgern der NSDAP für das Ermächtigungsgesetz. Allein die SPD votierte dagegen. Das Ermächtigungsgesetz erlaubte es, ohne Zustimmung des Parlaments und des Reichspräsidenten Gesetze und Verordnungen zu erlassen. Da auch die Länder und Kommunen im Zuge der sogenannten „Gleichschaltung“ entmachtet und die Parteien (einschließlich der DNVP, des Steigbügelhalters der NSDAP) und die freien Gewerkschaften verboten bzw. zur Auflösung gezwungen worden waren, gab es kein Organ der Weimarer Verfassung mehr, das sich Hitler noch hätte widersetzen können. Seine „Machtergreifung“ war abgeschlossen, als er nach dem Tod Hindenburgs am 2. August 1934 auch das Amt des Reichspräsidenten und damit den militärischen Oberbefehl übernahm.

Verfolgung, Terror, Krieg

Hitlers „Machtergreifung“ war von Anfang an gekennzeichnet durch rücksichtsloses Vorgehen gegen seine Widersacher. Verordnungen in der Art derjenigen „zum Schutz von Volk und Staat“ setzten die Grundrechte faktisch außer Kraft. Missliebige, u.a. Kommunisten oder Juden, verloren damit jeglichen rechtsstaatlichen Schutz. Seit 1933 waren Juden zunehmend Schikanen ausgesetzt, die ihren vorläufigen Höhepunkt am 9. November 1938 in der Reichspogromnacht fanden. Überall in Deutschland wurden Synagogen in Brand gesteckt, jüdische Geschäfte und Wohnungen verwüstet und Juden misshandelt, gar getötet. Aber dies war nur ein Vorspiel dessen, was die Juden während des Zweiten Weltkrieges erwartete.

Die SS (= Schutzstaffel) entwickelte sich zur perfekten Terrororganisation und zur Stütze des Regimes. Ihr verbrecherisches Tun manifestierte sich nicht zuletzt in den Konzentrationslagern (KZ), in denen aus der „Volksgemeinschaft“ Ausgeschlossene und Angehörige „minderwertiger“ Rassen gedemütigt, gequält, als Arbeitssklaven gehalten und schließlich vernichtet wurden. Die Bedeutung der KZs wuchs während des Zweiten Weltkriegs, den Hitler 1939 vom Zaun brach, um die „Schmach von Versailles“ zu tilgen und um „Lebensraum im Osten“ zu erobern. Spätestens nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 wurde er als Weltanschauungs- und Rassekrieg gegen Kommunisten, Slawen und Juden mit größter Rücksichtslosigkeit geführt. Waren bereits zuvor geistig und körperlich Behinderte systematisch getötet worden, ging nun die SS daran, im Rahmen der so genannten „Endlösung“ mindestens ebenso systematisch die Juden im nationalsozialistischen Machtbereich auszurotten. Etwa 6 Millionen wurden ermordet, etwa die Hälfte in den Gaskammern der Vernichtungslager im besetzten Polen. Insgesamt kostete der Zweite Weltkrieg, eine der größten Katastrophen der Menschheitsgeschichte, rund 55 Millionen Menschen das Leben. Hitler hatte Deutschland nicht gestärkt, sondern ruiniert. Am 8. Mai 1945 kapitulierte es bedingungslos. Wenige Tage zuvor hatte Hitler Selbstmord begangen.

Anfänge des Nationalsozialismus in Lindau

Die Ideologie des verbrecherischen und menschenverachtenden Nationalsozialismus ging auch an Lindau nicht spurlos vorüber. Bereits 1920 hatte sich unter dem Vorsitz des Arztes Dr. Stephan Euler eine Ortsgruppe des DVSTB (Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund) gebildet. Vier jüdische Bürger - Rechtsanwalt Max Nördlinger, die Textileinzelhändler Siegfried Kochmann und Emil Spiegel sowie der Arzt Dr. Cohn - legten Beschwerde gegen das antisemitische Gebaren des DVSTB bei der Lindauer Stadtverwaltung ein. Anfang 1921 appellierte der Lindauer DVSTB an „alle deutsch gesinnten Arbeiter“ der Stadt, eine Ortsgruppe der NSDAP zu gründen. Der Aufruf verhallte jedoch ungehört. Erst Anfang November 1922 bildete sich ein Lindauer Ableger der NSDAP. Seine erste Veranstaltung verlief allerdings wenig erfolgreich. Die Sozialdemokraten dominierten die Diskussion (vgl. Station 7). Am Hitlerputsch ein Jahr später nahm der Gründer der Lindauer SA, der Hafnermeister Emil Bogdon, teil, der sich anschließend einige Zeit in der Schweiz aufhielt, um nicht wie Hitler ins Gefängnis zu müssen. Unter dessen zahlreichen Besuchern während seiner Haft in Landsberg war

auch sein ehemaliger Kriegskamerad, der inzwischen in Lindau ansässige Fritz Strauß. Wohl nicht zuletzt aufgrund dieses Kontakts war Hitler im Sommer 1923 erstmals nach Lindau gekommen. Bis 1932 folgten weitere Kurzbesuche, bei denen er allerdings niemals öffentlich als Redner auftrat.

Die ersten Nationalsozialisten im Lindauer Stadtrat

Hitlers Lindauer Anhängern war es bei den Kommunalwahlen 1924 gelungen, zwei von insgesamt 30 Stadtratssitzen zu gewinnen. Die beiden Mandatsträger Jakob Schobloch und Heinrich Kaltschmidt waren alteingesessene selbständige Handwerksmeister aus dem etablierten bürgerlichen Milieu der Stadt. Deshalb gab es große Affinitäten zu den bürgerlichen Gruppierungen im Rat. Zwei von ihnen, die DNVP mit Dr. Euler an der Spitze und die Freie Vereinigung, boten ihnen daher vor den Stadtratswahlen am 8. Dezember 1929 die Bildung einer Gemeinschaftsliste an. Schobloch und Kaltschmidt gingen darauf ein. Da Hitler Wahlbündnisse solcher Art kategorisch ablehnte, kam es zu einer zeitweiligen Spaltung der Lindauer Nationalsozialisten. Ihr „bürgerlicher“ Flügel zog über die Gemeinschaftsliste, die insgesamt elf Sitze errang, mit drei Mandaten in den neuen Stadtrat ein. Die Liste der Hitlerstreuen mit Bogdon als Spitzenkandidaten ging dagegen leer aus.

Eintritt Oberbürgermeister Sieberts in die NSDAP

Ungeachtet dessen wuchs im Gefolge der Weltwirtschaftskrise der Einfluss der Hitlerstreuen. Bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 erhielt die NSDAP in Lindau 22,1%, fast 3% mehr als im Reichsdurchschnitt. Damit zog sie mit der BVP, der bisher stärksten politischen Kraft vor Ort, gleich. Das mag Oberbürgermeister Ludwig Siebert (1874-1942), der seit 1919 an der Spitze der Stadt stand, bewogen haben, sich offen zur NSDAP zu bekennen und ihr als eines der ersten bayerischen Stadtoberhäupter um die Jahreswende 1930/31 beizutreten. Bereits kurz vor den erwähnten Reichstagswahlen verbot Siebert den SPD-nahen Verbänden einen Werbefackelzug – offensichtlich unter dem Druck von Bogdon, der drohte, den Zug mit Hilfe der SA zu verhindern.

Lindauer Wahlergebnisse 1932/33

Bei den folgenden Reichstagswahlen gelang es der NSDAP analog der Entwicklung im Reich ihre Spitzenposition in Lindau auszubauen.

Wahlergebnisse der wichtigsten Parteien in Lindau (in Klammern im Reich)			
Reichstagswahl	NSDAP	SPD	KPD
31.07.1932	38,1% (37,4%)	18,7% (21,6%)	4,9% (14,6%)
06.11.1932	31,2% (33,1%)	18,8% (20,4%)	7,3% (16,9%)
05.03.1932	44,0% (43,9%)	15,7% (18,3%)	4,3% (12,3%)
Reichstagswahl	BVP*	DNVP	
31.07.1932	23,2% (15,7%)	10,0% (5,9%)	
06.11.1932	23,2% (15,0%)	13,2% (8,8%)	
05.03.1932	21,4% (14,0%)	12,0% (8,0%)	

* Die Ergebnisse im Reich beziehen sich auf beide katholischen Parteien, also auf BVP und Zentrum, das in Lindau nicht antrat.

In den Wahlergebnissen spiegelt sich die politische Landschaft Lindaus in der ausgehenden Weimarer Republik wider.

Schwächer als im Reich vertreten waren wegen der mäßigen Industrialisierung Lindaus die Arbeiterparteien SPD und vor allem die KPD, deutlich stärker dagegen die rechtskonservative DNVP und die katholische BVP. Sie standen für die beiden (klein-) bürgerlichen Milieus, das alteingesessene „reichsstädtische“ protestantische, das sich in der DNVP wiederfand, und das jüngere katholische, dem die BVP ihre Stimmen verdankte. Der DNVP kam auch zugute, dass das wichtigste Organ der Lokalpresse, das „Lindauer Tagblatt“, von einem Parteimitglied geleitet wurde.

Repressalien gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden

Nach der Machtergreifung Hitlers 1933 konzentrierten sich die Nationalsozialisten bei der Bekämpfung ihrer Gegner auch in Lindau vor allem auf die Arbeiterparteien und auf die ihnen nahe stehenden Organisationen. Ihr Wahlkampf wurde massiv behindert, die KPD bereits im März 1933 faktisch verboten. Wohnungen von KPD-Mitgliedern wurden durchsucht, ebenso die von Mitgliedern und Funktionären der SPD und ihrer Schutzverbände. Viele kamen in Haft (s. Station 12), zunächst ins Lindauer Amtsgerichtsgefängnis, später auch in das neue KZ Dachau (s. Station 13). Einige Kommunisten flohen ins Ausland und nahmen auf republikanischer Seite am spanischen Bürgerkrieg teil (s. Station 3). Über den Lindauer Hafen wurden vor dem Krieg zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten, die in Deutschland geblieben waren und solchen, die ins Exil gegangen waren, Informationen ausgetauscht (s. Stationen 1, 17).

Am 1. April 1933 beteiligte man sich in Lindau am reichsweiten Boykott jüdischer Geschäfte. Damit begann auch hier die Ausgrenzung der jüdischen Mitbürger. Unter ihrem Druck verließen einige Lindauer Juden Deutschland. Diejenigen, die blieben, wurden vielfach Opfer der „Endlösung“. (s. Stationen 9, 15, 16). Die Zahl der „Glaubensjuden“ belief sich 1933 auf 16 Personen, die vier Familien angehörten, dazu kamen noch Christen, die die Nationalsozialisten als „Rassejuden“ einstufte (s. Stationen 19, 23).

„Gleichschaltung“ des Lindauer Stadtrats

Im April 1933 wurden zahlreiche Verbände und Vereinigungen „gleichgeschaltet“, d.h. den neuen Machthabern unterstellt bzw. den neuen Machtverhältnissen angepasst. Das galt auch für den Lindauer Stadtrat, dessen nunmehr 20 Sitze (ohne Bürgermeister, Stellvertreter, Bau- und Rechtsrat) gemäss den lokalen Ergebnissen der Reichstagswahl vom 6. März verteilt wurden. Da die KPD bereits verboten war, erhielt sie keine Sitze. Auf die NSDAP entfielen 9, auf ihren Juniorpartner DNVP 3, auf die BVP 5 und auf die SPD 3. Da Oberbürgermeister Ludwig Siebert zwischenzeitlich in die bayerische Regierung eingetreten war, zunächst als Finanzminister, dann als Ministerpräsident, wurde in der ersten Sitzung des neuen Rats am 26. April einer seiner Söhne, der 30-jährige Rechtsanwalt Dr. Fritz Siebert, zu seinem Nachfolger mit der neuen Amtsbezeichnung „1. Bürgermeister“ gewählt. 2. Bürgermeister wurde der Kreisleiter der NSDAP, Hauptlehrer Erwin Wagner. Um die „nationale Kampffront“ aus NSDAP und DNVP auch in Lindau abzubilden, wurde Dr. Euler als Führer der Lindauer Deutschnationalen zum 3. Bürgermeister gewählt. Die BVP hatte sich grundsätzlich gegen dieses Amt ausgesprochen, sich aber nicht durchsetzen können. Deshalb stellte sie einen Gegenkandidaten gegen Euler auf. Für ihn votierten acht Ratsmitglieder. Neben den Stimmen der BVP erhielt er auch die der SPD, die bereits Siebert und Wagner ihre Zustimmung verweigert hatten. Das war eine der letzten Möglichkeiten zur parlamentarisch-demokratischen Opposition im Lindauer Stadtrat, denn nach dem Verbot der SPD und der Auflösung der BVP Ende Juni / Anfang Juli bestand er nur noch aus Angehörigen der NSDAP, denen sich die Mandatsträger der ebenfalls aufgelösten DNVP als Hospitanten anschlossen. Um die BVP-Mitglieder zum Austritt zu bewegen, waren sie kurzzeitig in „Schutzhaft“ genommen worden.

„Volksgemeinschaft“

Zur politischen „Machtergreifung“ trat auch die gesellschaftliche, d.h. die Schaffung einer nationalsozialistischen „Volksgemein-

schaft“. Eine der ersten Gelegenheiten, sie zu inszenieren, bot der 1. Mai 1933. Aus dem Aufmarschtag der internationalen Arbeiterbewegung machte das Regime den künftig arbeitsfreien „Tag der nationalen Arbeit“. Wie anderswo wurde er auch in Lindau mit großem Pathos begangen. Nach Gottesdiensten zogen zahlreiche Verbände zum Reichsplatz, wo man die Rundfunkübertragung der zentralen Feier in Berlin anhörte. Anschließend verlieh der Stadtrat Adolf Hitler, Paul von Hindenburg und Ludwig Siebert die Ehrenbürgerwürde der Stadt Lindau und benannte Straßen und Plätze nach ihnen. Der Reichsplatz wurde zum Adolf-Hitler-Platz, der Toskana-Park zum Hindenburg-Park und der Straßenzug von der Heidenmauer zur Seebrücke (einschließlich des Parks) zum Ludwig-Siebert-Ring (L. Sieberts Namen trug später auch die in Selbsthilfe errichtete Arbeitslosensiedlung an der österreichischen Grenze, das heutige Zech, das Siebertsdorf genannt wurde).

Das böse Erwachen folgte am nächsten Tag: Die freien Gewerkschaften wurden verboten (s. Station 6). An ihre Stelle trat die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF), eine der zahlreichen Organisationen, mit deren Hilfe das Regime möglichst alles und jeden zu beherrschen suchte. Sie dienten der Verführung und Indoktrination, der Kontrolle und Überwachung, der Unterdrückung und Bestrafung – letztlich zu Aufbau, Festigung und Inszenierung der „Volksgemeinschaft“, in der sich viele durchaus heimisch fühlten.

Eine zentrale Bedeutung kam der 1926 gegründeten Jugendorganisation der NSDAP zu, der „Hitlerjugend“ (HJ). Mit der „Machtergreifung“ wurde sie zur Staatsjugend, die keine kirchlichen oder sonstigen Konkurrenten duldet (Station 8). Seit dem 1.12.1936 mussten ihr alle 10- bis 18-Jährigen beitreten. 1937 ließ die Stadtverwaltung an der Stelle des alten Königsbrunnens an der Ecke Bürstergasse/Maximilianstraße einen Brunnen als Wahrzeichen der Hitlerjugend errichten. Er wurde gekrönt von einem trommelnden Hitlerjungen aus Bronze, „dessen Anblick die Lindauer Jugendgefolgschaft des Führers stets aneifern solle, ihre Pflichten Deutschland gegenüber zu erfüllen“.

Das Regime bekämpfte alle abweichenden Meinungsäußerungen und Verhaltensweisen ob politischen, kirchlichen oder sonstigen Ursprungs. Die Stationen des Gedenkwegs berichten detailliert davon. Sie legen die Brutalität und Willkür des nationalsozialistischen Staatsterrors offen, der während des Krieges noch eine Steigerung erfuhr und sich nun nicht nur gegen abtrünnige „Volksgenossen“, Juden und andere Ausgegrenzte, sondern auch gegen Zwangsarbeiter richtete.



Die Einweihung des Lindauer Hitlerjugendbrunnens an der Stelle des heutigen Kinderfestbrunnens am 27. März 1937

Kriegsende in Lindau

Der Zweite Weltkrieg endete für Lindau glimpflich. Anders als Friedrichshafen wurde es nicht von alliierten Bombern in Schutt und Asche gelegt, und anders als Bregenz wurde es am Kriegsende nicht von gegnerischen Truppen beschossen, die damit auf den Widerstand fanatischer deutscher Einheiten reagierten. Solche Verbände, u.a. aus den Reihen der SS, hatten Lindau rechtzeitig verlassen (s. Station 10). Es war einigen Lindauern mit Kontakten in die Schweiz gelungen, die Stadt, in der mehrere Lazarette eingerichtet waren, zur offenen „Internationalen Rot-Kreuz-Stadt“ erklären zu lassen. Dr. Euler übergab sie als höchster anwesender Repräsentant der Stadtverwaltung Lindau am 30. April 1945 kampflos den anrückenden französischen Truppen. Es war der Tag, an dem Hitler in seinem Berliner Bunker Selbstmord beging.

Literaturhinweise zur Geschichte des Nationalsozialismus:

Wolfgang Benz „Geschichte des Dritten Reiches“, München 2000; Wolfgang Benz/Hermann Graml/Hermann Weiß „Enzyklopädie des Nationalsozialismus“, 3. Aufl. München 1998; Martin Broszat/Norbert Frei (Hrsg.) „Das Dritte Reich im Überblick. Chronik – Ereignisse – Zusammenhänge“, 7. Aufl. München, Zürich 2001; Hans-Ulrich Thamer „Nationalsozialismus I: Von den Anfängen bis zur Festigung der Macht“, Überarb. Neuaufl. Bonn 2003 (= Informationen zur politischen Bildung, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, 251); Heinrich August Winkler „Der lange Weg nach Westen“, 2 Bände, 3. Aufl. München 2001. Weitere Literaturhinweise zu Lindau, siehe Literatur- und Quellenhinweise S. 70

Freiheitstor, politischer Schmuggel und Schiffsrettung

Der 1856 in seiner heutigen Grundstruktur eingeweihte Lindauer Hafen war 1933 bis 1945 auch ein Ort der Flucht vor dem NS-Regime und zum Schmuggel antifaschistischer Informationen aus und nach Deutschland.

Willi Bohn, kommunistischer Aktivist der „Transportkolonne Otto“ erinnert sich: „Die großen Schiffe waren dicht besetzt. Hätte man alle Passagiere kontrollieren wollen, hätte es einen Aufstand gegeben. Die beiden deutschen Häfen Friedrichshafen und Lindau am Bodensee waren unsere beliebtesten Tore zum Ausland. Hier schafften wir Informationen über die Zustände in Deutschland hinaus in die Welt. Umgekehrt erreichten uns aber auf diesem Weg auch Nachrichten von draußen“.

Der nach Rorschach geflohene Sozialdemokrat Valentin Baur berichtete später: „Wir haben insgesamt wenig Schriften nach Deutschland transportiert. Zeitweilig den NEUEN VORWÄRTS. Der Transport ging über Briefpost und nur an ganz bestimmte Adressen. Per Schiff wurden die Briefe mit deutschen Briefmarken von Lindau ins Reich geschleust. Josef Wittmann hat mich oft in Rorschach besucht. Er wohnte teils in Lindau, teils bei mir. Er kam nie ohne seine Frau. Die so gewonnenen Informationen aus Deutschland gab ich sowohl an die Gruppe NEUBEGINNEN als auch an die SoPaDe (SPD, K.S.) in Prag weiter“. Wittmann wurde später von der Gestapo verhaftet und 1942 in Nördlingen hingerichtet (vgl. Station 17).

Die jüdische Jugendliche Ruth Weikersheimer aus Memmingen schilderte unter dem Pseudonym „Renate“ nach dem 2. Weltkrieg ihre 1933 noch legale Flucht vor den alltäglichen antisemitischen Angriffen über Lindaus Hafen: „Die Fahrt nach Lindau verläuft in gedrückter Stimmung. Renate muss immer wieder die geliebten Gesichter der Eltern ansehen. In Lindau verbringen sie noch einen von Trauer überschatteten Abend, am nächsten Morgen kommt der Abschied. Das Wetter passt zum Abschiednehmen, der Himmel ist grau und schwer. Das Schweizer Schiff ‚Helvetia‘ schaukelt unruhig auf den Wellen. Endlich hat Renate die Passkontrolle mit Leibesvisite hinter sich.“



Hafenausfahrt in der NS-Zeit

Vom Kai blicken die Eltern zu ihr hinauf, zwei einsame Menschen, vom Leid gezeichnet. Langsam manövriert das Schiff sich durch die schmale Hafenausfahrt. Renate kann nichts sehen. Heiß brennen die Tränen in ihren Augen.“

Kurz vor Kriegsende, die französischen Truppen rückten von Westen her unaufhaltsam vorwärts, sah ein Plan der SS die Versenkung der verbliebenen Bodenseeschiffe in Bregenz und Lindau vor. Nach Absprachen zwischen Dr. Alfred Otter von der Reichsbahndirektion Augsburg und Ing. Ludwig Toma von den Schweizerischen Bundesbahnen, wurden in der Nacht zum 26. April 1945 diese zwölf Dampf- und Motorschiffe zu ihrem Schutz heimlich von österreichischen und deutschen Matrosen unter Leitung von Kapitän i. R. Armin Fesslin in die Schweizer Häfen Rorschach, Arbon und Romanshorn verbracht. Bis zur Seemitte wurde mit abgeblendeten Lichtern gefahren, danach mit Positionslichtern und weißer Flagge. In Lindau verblieben nur die beiden Schwesterschiffe „Augsburg“ und „Kempten“, welche Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern der Reichsbahn als schwimmende Nachtlager dienten.

Quellen:

Willi Bohn „Transportkolonne Otto“, Frankfurt/M 1970; Ruth Weikersheimer „Zwischen gestern und morgen“ in Gernot Römer „Schwäbische Juden“, Augsburg 1990; Otto Raggenbass „Trotz Stacheldraht 1939 – 1945“, Konstanz 1964; Valentin Bauer „Interview durch Werner Röder 1971“ im Institut für Zeitgeschichte München, Sign.: Zs 2076, Fa 117/259.

Von drüben leuchtete das Land der Freiheit herüber

Der Hauptbahnhof Lindau war in der NS-Zeit Ort verschiedenster tragischer Ereignisse. Der Bahn-Magazinarbeiter Robert Schmid schrieb in seinen Erinnerungen über die Jahre 1940/45: „Ein buntes Gemisch von Völkern macht sich bemerkbar im Bahnhof. Zuerst kriegsgefangene Franzosen. Da es manchem gelingt, die nahe Schweizergrenze zu erreichen, kommen sie in das Innere des Landes. Dann folgen Serben, später Russen. Alle werden mit Gleisarbeit beschäftigt. Dann folgt der große Schub von Zivilarbeitern aus den besetzten Gebieten: Männer, Frauen, Kinder. Das Ausländerlager der Bahnmeisterei zählt zuletzt 28 Kinder. An einigen Dienststellen waren mehr Ausländer als Einheimische. Zuletzt machten Russinnen Schrankenwärterdienst und fuhren auf der Lok als Heizer.

Züge mit Evakuierten trafen ein, am Schlusse einen offenen Kohlenwagen mit Bettzeug, Kinderwagen und Koffern. Die Zahl der beschädigten Eisenbahnwagen nahm zu“.

Seit Juni 1944 mussten Häftlinge aus dem KZ Dachau für die großen Friedrichshafener Rüstungsbetriebe im Westen Überlingens ähnlich wie bei Hohenems unter Aufsicht der SS unterirdische Stollen zur Verlagerung der Produktionsanlagen in den Sandstein graben. Der ehemalige Stuttgarter Journalist Erich Schairer wurde 1943 der Reichsbahn als uniformierter Fahrkartenkontrolleur für die Strecke Lindau-Friedrichshafen zugewiesen. Er schilderte nach 1945 seine diesbezüglichen Lindauer Erlebnisse u.a. wie folgt:

„In dem Zug, den ich eben abgefertigt hatte, saß mein 25jähriger Sohn, ein guter, friedfertiger, etwas träumerischer Junge, den sie zur SS gepresst hatten. Er hatte ein paar kurze Tage Urlaub gehabt, die er wortkarger als früher hingebracht hatte. Er schien innerlich aus dem Gleichgewicht.

Als ich nach der Abfahrt des Zuges den Bahnsteig verließ, kam ich an einem Güterwagen vorüber, den ich nachher in den Münchner Zug stellen musste. Ich warf einen Blick durch die offene Türe. Da lagen, kauerten und standen unter der Bewachung von ein paar Bewaffneten etwa dreißig bis vierzig Dachauer Schutzhäftlinge in ihren gestreiften Verbrecherkleidern. Grünlich-bleiche Gesichter mit wirren Bartstoppeln, zum Skelett abgemagerte Gestalten. Sie wurden aus Über-



Zwangsarbeiterspeisung 1944 westlich des „Filmpalastes“

lingen ins Dachauer KZ zurückgebracht, weil sie zu schwach und krank waren, um noch weiter ausgeschunden werden zu können. Wer weiß, was mit ihnen jetzt geschehen würde? Sie stierten apathisch vor sich hin; kaum einer, der vielleicht daran dachte, dass von drüben, sechs Kilometer über den See entfernt, die Schweiz, das Land der Freiheit herüberleuchtete. Dem oder jenem sah man es an: Er war ein ‚Intellektueller‘, ein geistiger Mensch wie ich selber. Müsstest Du, der du hier mit der roten Mütze in hübscher Uniform herumspazierst und freilich auch lieber in der Schweiz drüben säßest, müsstest Du, dachte ich, nicht eigentlich auch unter diesen Schächern sein, die nun sterben würden, weil sie gegen den Mann protestiert hatten, den auch ich für einen Verbrecher hielt?“

Quellen:

Owald Burger „Der Stollen“, Überlingen 2001; Robert Schmid „Der Bahnhof Lindau Bodensee“, handschriftliche Chronologie, Stadtarchiv Lindau, Lit 156; Willi Schaber: „Der Grenzgänger – Welt und Werk Erich Schairers 1887–1956“, München 1981.

Georg Meyer, Hans Kukowitsch, Paul Lehr – „Hitler in Spanien besiegen“

Drei Lindauer, der KfZ-Mechaniker Georg Meyer (1903–1936), Dreierstr. 7, der Pferdekehnecht Johann („Hans“) Kukowitsch (1911–1989), Burggasse 5, und der Hilfsarbeiter Paul Lehr (1901–1963), Kemptener Str. 76, alle drei Kommunisten, kämpften im Spanischen Bürgerkrieg 1936 – 1939 auf der Seite der demokratischen Republik gegen die putschenden Franco-Faschisten und die mit diesen verbündeten Soldaten der deutschen „Legion Condor“ Adolf Hitlers.

Georg Meyer entging in Lindau nach kurzer Polizeihaft im März 1933 knapp einer weiteren politischen Verhaftung und floh zunächst nach Paris. Unmittelbar nach dem Franco-Putsch meldete er sich bei den freiwilligen Internationalen Brigaden und fiel bereits in der Nacht zum 24. Oktober 1936 in Tartienta bei Zaragoza.

Hans Kukowitsch und Paul Lehr gehörten zu den ersten politischen Häftlingen Lindaus, welche im März 1933 in das KZ Dachau eingeliefert wurden. Kukowitsch kam im Juli 1935 wieder frei. Da er verdächtigt wurde, erneut antifaschistische Flugblätter hergestellt und verteilt zu haben und erneut verhaftet werden sollte, floh er über Österreich und die Schweiz zur „Roten Hilfe“ nach Straßburg. Von dort aus fuhr er im Juli 1936 nach Spanien, wo er (in Barcelona) als Freiwilliger in die „Centuria Thälmann“ eintrat. Im November 1936 wurde er bei Belchite südlich von Zaragoza schwer verletzt, nach Genesung Leutnant in der XI. Internationalen Brigade und kam 1938 nach erneuter schwerer Verwundung nach Toulouse/Frankreich ins Lazarett. Dort schloss er sich nach der Besetzung Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht der Résistance an, wurde Hauptmann einer Partisaneneinheit des „Maquis“ und Mitglied des antinazistischen „Komitees Freies Deutschland im Westen“. Nach der Befreiung Südfrankreichs ging er im Sommer 1944 in die Schweiz und unterstützte von St. Gallen aus den Widerstand am deutschen Bodenseeufer, bevor er bei Kriegsende 1945 wieder zurück nach Lindau kam. Dort war er nun im „Antifaschistischen Block Lindau“ und in der KPD aktiv.

Paul Lehr kam im Spätsommer 1933 wieder aus dem KZ Dachau frei. 1938 war er auf der Seite der Spanischen Republik Mitglied der Thälmann-Brigade und geriet in Azaila bei



Hans Kukowitsch 1936 verletzt in Barcelona

Zaragoza in die Hände der Franco-Truppen. Bis 1941 überlebte er verschiedene Arbeits- und Gefangenenlager in Burgos und Belchite des 1939 siegreichen Franco-Regimes. „Ob eiskalter Wind über den Aragon fegte, oder die Gluthitze des Sommers die Körper ausdürkte, der Bedarf Belchites an Steinen musste gebrochen und zerkleinert werden. Müde, verbraucht, ausgelaugt, zerschlagen mit schmerzenden Gliedern trotteten des Abends die Kameraden des Steinbruches zurück in das Lager.“

Im Oktober 1941 wurde er auf Betreiben der Gestapo an die deutsche Wehrmacht ausgeliefert. Er überlebte den 2. Weltkrieg und stand im Dezember 1945 auf der Vorschlagsliste des Antifaschistischen Blocks Lindau für „die Neubesetzung des Lindauer Gemeinderates, beziehungsweise eines Beirates für den Landkreis Lindau“. Bis 1958 arbeitete er im Hafenzollamt Lindau.

Quellen:

„El Voluntario de la Libertad – Mitteilungsblatt der ehemaligen republikanischen Spanienkämpfer“, Esslingen, Ausgabe Nr. 10 und 11/1958 sowie 27/1960; „Berichte der Centuria Thälmann“ in der „Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“, Berlin, Sign.: V237/1, Band 5; Karl Schweizer „Eine Niederlage Francos würde der Anfang vom Ende Hitlers sein“ in: Lindauer Zeitung vom 3.8. 1996.

Die Luitpoldkaserne und Michael Kitzelmann

Die Räume der heutigen Freien Schule Lindau, der Volkshochschule und des „Hauses der Wirtschaft“ befinden sich in dem 1903 als „Luitpoldkaserne“ eingeweihten Gebäudekomplex. Die Soldaten des Lindauer III. Bataillons des 91. Infanterieregiments wurden bei der Besetzung Österreichs im März 1938 in Perchtoldsdorf bei Wien eingesetzt. Mit Entfesselung des 2. Weltkrieges 1939 wurde das Bataillon in den Jahren 1940 bis 1941 zum Gebirgsregiment 91 der 4. Gebirgsdivision. An seiner Stelle kam das 488. Reserve-Bataillon nach Lindau.

Von einem der Soldaten wissen wir, wie er sich vom kriegsbegeisterten Landser zum Kriegsgegner wandelte und dafür hingerichtet wurde. Michael Kitzelmann wurde am 29. Januar 1916 als Bauernsohn im Weiler Horben bei Gestratz im Landkreis Lindau geboren, streng katholisch zu Gehorsam gegenüber den Eltern und in Ehrfurcht vor dem christlichen Gott erzogen. Von 1928 bis 1936 Schüler des humanistischen Gymnasiums in Dillingen, absolvierte er 1936 sechs Monate Reichsarbeitsdienst und begann im September an der kirchlichen Akademie in Augsburg mit dem Studium der für den Priesterberuf notwendigen philosophischen Semester.

Im Jahr 1937 wurde seine Bewerbung an die Lehrerschule in Pasing abgelehnt, da er sich weigerte, in eine der vorgeschriebenen NS-Organisationen einzutreten. Unsicher geworden, ob der Beruf des Priesters für sein Leben der richtige sei, rückte er im Sommer 1937 als Freiwilliger zum 91. Infanterie-Regiment in die Lindauer Luitpoldkaserne ein.

1938 war er begeistert am deutschen Einmarsch in Österreich beteiligt, 1939, inzwischen zum Unteroffizier befördert, am Überfall auf Polen.

Die Wende in seinen Auffassungen kam mit der Beteiligung am Überfall auf die Sowjetunion 1941 und dem dortigen Kriegsalltag. In der Ukraine wurde ihm die Leitung einer Maschinengewehr-Kompanie übertragen. Aus Priluki schrieb er am 28. September nach Hause: „Der einzige Gedanke und Wunsch eines jeden ist nur: Ende des Krieges, raus aus Russland und zurück in die Heimat.“ Vierzehn Tage später wurde er noch deutlicher: „Wir sind ein ewig wandernder, raubender Heerhaufen geworden.“



*Michael Kitzelmann
als Soldat*

Immer klarer zeigte er nun in Briefen nach Hause und Gesprächen mit Kameraden seine aus christlicher Grundhaltung entstehende Ablehnung des Krieges und der dafür verantwortlichen NS-Führung: „Wenn diese Lumpen siegen, dann kann und will ich nicht mehr leben.“

Nach Genesung seiner zweiten Verwundung im Lazarett in Orel wurde er Anfang April 1942 bei der Rückkehr zu seiner Division verhaftet und am Karfreitag vom Standgericht wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt. Seine Mutter fuhr wegen eines Gnadengesuches zum Obersten Gerichtshof nach Berlin und wurde abgewiesen: „Was erwarten Sie eigentlich, Frau Kitzelmann? Seien Sie zufrieden, wenn wir nicht auch Sie und Ihren Mann belangen. Sehen Sie hier diesen Stoß von Briefen – das haben Sie und Ihr Sohn geschrieben.“

Am 11. Juni 1942 wurde Michael Kitzelmann unter Verlust der „Wehrwürdigkeit“ im Gefängnis von Orel durch Erschießen hingerichtet.

Quellen:

Hans Hümmeler „Michael Kitzelmann – Mensch, Soldat, Christ“, Lederdorn 1964; Karl Heinz Jahnke „Illustrierte Geschichte der Deutschen Arbeiterjugend-Bewegung“, Köln 1987; Karl Schweizer „Zwei Allgäuer Michaels standen gegen den 2. Weltkrieg“ in: Jahrbuch des Landkreises Lindau 6 (1991), S. 82–85

Gedenktafel für Lindauer NS-Opfer

1981 ließ die Stadt Lindau auf Initiative von SPD-Stadtrat Hermann Dorf Müller in der aus der Zeit um 1100 stammenden Peterskirche neben den Tafeln für die Lindauer Toten der beiden Weltkriege auch eine Gedenktafel für die „Opfer des Nationalsozialismus“ errichten: „Ganze Familien waren darunter. Sie waren Opfer der Judenverfolgung. Andere waren Gegner des Nationalsozialismus und kamen ebenfalls in Konzentrationslagern um. Sie ist aber auch eine Mahnung an uns, mit allen Völkern Frieden zu halten“, so die Lindauer Reutiner Hauptschülerinnen und Schüler in ihrer 1986 vom Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge in Bayern ausgezeichneten Arbeit zu den Gedenktafeln in der Kirche.

Karl Fackelmayer war Maurer und Sozialdemokrat aus Lindau-Reutin. Er gab als Soldat an der Ostfront verbotener Weise Gefangenen aus der Roten Armee heimlich Lebensmittel und hatte sich positiv über die SPD geäußert. Deswegen wurde er 1943 durch ein Militärgericht zum Tode durch Erschießen verurteilt.

Anton Giess, 1890–1940. Metallgewerkschafter, Sozialdemokrat, Kriegsgegner, siehe Station Nr. 20.

Rosina Gutensohn, 1911–1944. Sie starb als eines der Opfer der NS-Euthanasiemorde an seelisch erkrankten Menschen. Zuvor hatte sie u.a. in der Küche des Internats des Lindauer Mädchengymnasiums in der Villa Holdereggen gearbeitet. In der Stadt und dem Landkreis Lindau gab es insgesamt 19 Euthanasieopfer in den Heil- und Pflegeanstalten Kaufbeuren mit Irsee.

Julius und Cäcilie Herzberger, jüdische Industrielle, siehe Station Nr. 19.

Alois Huber, 1910–1944, starb im Konzentrationslager, siehe Station Nr. 24.

Georg Meyer, 1903–1936, republikanischer Spanienkämpfer, Kommunist, siehe Station Nr. 3.

Johann Miller, 1887–1940. Der geborene Insulaner, von Beruf Pflasterergehilfe, wurde 1928 ein zweites Mal mit der Diagnose Schizophrenie in die Psychiatrie in Kaufbeuren und



Die Gedenktafel 2008
in der Peterskirche

Irsee eingewiesen, war ledig und nicht entmündigt und wurde am 26. 8. 1940 laut Krankenkarte „verlegt“, sprich, zur Ermordung in eine „Reichsanstalt“ transportiert.

Iwan Paczyk, 1928–1944, polnischer Zwangsarbeiter, hingerichtet, siehe Station Nr. 21.

Dr. Ernst, Käthe und Beate Schlumberger. Der aus der Lindauer Cramergasse 11 stammende Patentanwalt Ernst Schlumberger war nicht bereit, sich gemäß den NS-Rassengesetzen von seiner in Berlin geheirateten jüdischen Frau Käthe zu trennen. Er führe eine glückliche Ehe, ließ er die NS-Dienststellen dort wissen. Bevor sie zwangsweise getrennt wurden, tötete sich das Ehepaar 1942 zusammen mit seiner 15jährigen Tochter Beate selbst.

Erich Seisser, 1899–1945, wurde am 22. Januar 1945 im Zuchthaus Brandenburg-Görden wegen regimekritischer Äußerungen, wie „Der Führer, dieser Hund, muss verschwinden“, hingerichtet.

Emil, Clothilde und Martha Spiegel, jüdische Lindauer KZ-Opfer, siehe Station Nr. 9.

Clara und Ferdinand Weill, jüdisches Textilhändlerhepaar, siehe Station Nr. 16.

Quellen:

Altakten im Archiv des Bezirkskrankenhauses Kaufbeuren; Hermann Dorf Müller „Von Schmugglern & Gendarmen, Revoluzzern & Ratsherrn – 100 Jahre SPD in Lindau – 100 Jahre Lindauer Stadtgeschichte“, Lindau 1999.

Das Volkshaus – Lindaus Gewerkschaftszentrale

Lindaus Gewerkschaftszentrale befand sich seit Dezember 1928 im „Volkshaus“ in der Grub 32, damals Karolinenstraße 52. Es war, geleitet vom Volkshaus-Ausschuss unter Alois Kolbeck und Albert Pfau, Versammlungsort und Koordinationszentrum für Streiks und Demonstrationen der örtlichen Sozialdemokratie in der SPD und den Gewerkschaften des ADGB. Ferner beherbergte das Haus eine Kleinkunstabühne, eine umfangreiche Bibliothek und bot wandernden Arbeitslosen Übernachtungsmöglichkeiten und mit dem „Gothenkeller“ von Albert Pfau eine florierende Gaststätte.

Nach der politischen Machtübergabe an die erste NSDAP-Regierung zeigten sich auch bei der Lindauer Gewerkschaftsführung folgenschwere Illusionen und Verwirrung in der Beurteilung der tatsächlichen Entwicklung. Die Generalversammlung des Lindauer ADGB vom 10. Februar 1933 beschloss, sich am nationalsozialistischen „Notwerk für die deutsche Jugend mit einer freigewerkschaftlichen Gruppe“ zu beteiligen. Beim städtischen Arbeitsbeschaffungsprogramm sollte der neue örtliche ADGB-Vorstand unter Schreiner Felix Ostertag und Werftarbeiter Wilhelm Klemm nur darauf achten, dass der Freiwillige Arbeitsdienst keine zum regulären Gewerbe gehörenden Arbeiten übernimmt.

Aber nur einen Tag nach der Besetzung des Münchner Gewerkschaftshauses durch die SA (Sturmabteilung der NSDAP), wurde in Lindau am 10. März 1933 das Volkshaus ebenfalls Opfer der nun zur Hilfspolizei ernannten SA: „Über Mittag wurden die Räume des Volkshauses in der Karolinenstraße einer gründlichen Durchsuchung unterzogen, währenddessen SA-Leute die Eingänge besetzt hielten. Belastendes Material, insbesondere Waffen, scheinen hier aber nicht gefunden worden zu sein. Die Durchführung der polizeilichen Aktion hat natürlich wieder ziemliches Aufsehen erregt. Die Festgenommenen wurden bereits am Abend alle wieder auf freien Fuß gesetzt“ (Lindauer Tagblatt vom 11.3.1933).

Jedoch selbst auf der Lindauer Mitgliederversammlung der Gewerkschaft der öffentlichen Betriebe, sowie des Personen- und Warenverkehrs, heute „ver.di“, ließ die Gewerkschaftsleitung laut Protokoll trotz der nicht mehr übersehbaren Zeichen der Zeit noch am 7. April 1933 im Volkshaus jegliche Kampfentschlos-



*Das ehemalige Volkshaus/
Gothenschenke*

senheit gegen das noch nicht gefestigte NS-Regime vermessen: „Ferner erklärte Kollege Langer, dass die Gewerkschaften nicht verboten sind und wies darauf hin, dass jeder Gerüchtemacherei entgegen zu treten ist im Interesse des Verbandes. Ferner sind die Betriebsratswahlen eingestellt worden. Des weiteren wird bekannt, dass in Zukunft alle Versammlungen der Polizei 48 Stunden zuvor anzumelden sind.“

Nach pompösen und national verdrehten Feiern zum 1. Mai 1933, dem bisherigen internationalen Tag der Arbeiterklasse, verbot das NS-Regime am 2. Mai alle freien Gewerkschaften. Das Lindauer Tagblatt titelte: „Umfassender Angriff gegen den Gewerkschaftsmarxismus. Die Gewerkschaftshäuser in ganz Deutschland besetzt und die Führer in Schutzhaft genommen.“ Lindaus Vizegewerkschaftsvorsitzender Wilhelm Klemm wurde am 30. Juni erneut verhaftet und in das KZ Dachau verschleppt.

Eine Zeit lang versteckte der Wirt des „Gothenkellers“ im bisherigen Volkshaus unter der schweren Eichenplatte des Stammtisches erfolgreich die Traditionsfahne der Lindauer SPD vor den Nachstellungen der örtlichen Nazis. Ab Sommer 1933 stellte Lindaus NSDAP den Übernachtungssaal NS-Mitgliedern zur Verfügung.

Quellen:

Stadtarchiv Lindau, B III/ 146/12 „Gotische Weinstube“; „Lindauer Tagblatt“ vom 11.3., 3. 5 und 30. 6. 1933; „Protokolle des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe, des Personen- und Warenverkehrs“, Lindau 1929 bis 1933, in Privatbesitz; „Schwäbische Volkszeitung“ vom 14.2. 1933.

Erste stürmische Versammlung gegen die NSDAP

Der erste Gründungsversuch einer Ortsgruppe Lindau der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei NSDAP im Januar 1921 im evangelischen Vereinshaus war erfolglos geblieben. Am 21. November 1922 hielt erstmals die kurz zuvor gegründete NSDAP-Ortsgruppe ihre erste öffentliche Versammlung im damaligen katholischen Vereinshaus, dem heutigen „Schlechterbräu“ ab. Darüber berichtete Lindaus Oberbürgermeister Ludwig Siebert dem Bayerischen Innenministerium:

„Das Thema des Vortrags lautete ‚Der nationale Sozialismus – Deutschlands Zukunft und Rettung‘. Als Referent trat ein junger Mann im Alter von etwa 24 Jahren namens Schauer aus München auf. Die Versammlung war von etwa 50 Angehörigen der national-sozialistischen Partei und sonstigen Zuhörern, sowie von etwa 350 bis 400 Angehörigen der sozialdemokratischen Parteien (SPD und USPD, K.S.) besucht. Der Redner sprach in seinen Ausführungen hauptsächlich von der sozialdemokratischen Regierung, der Republik und der Judenherrschaft, durch welche seiner Ansicht nach das deutsche Volk ins Elend geraten sei. Die Ausführungen des Redners wurden wiederholt durch Zwischenrufe unterbrochen, so dass der junge Mann, welcher nicht über die notwendige Redegewandtheit verfügte, seine Rede unterbrechen und die Versammlung der freien Diskussion überlassen musste. An dieser beteiligten sich von Seite der sozialdemokratischen Partei hauptsächlich der Gewerkschaftssekretär Klemm, der sozialdemokratische Stadtrat Penn, sowie ein vor kurzem erst zugereister Kommunist, namens Otto Kielbock, Gelegenheitsarbeiter... Die Versammlung verlief zwar besonders im ersten Teil etwas stürmisch, ein Grund zu einer Auflösung war jedoch nicht gegeben. Im zweiten Teil der Versammlung wurde dieselbe eigentlich von dem sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretär geleitet, welcher zum Schluss auch erklärte, es verlohne sich nicht, auf die Ausführungen des nationalsozialistischen Redners weiter einzugehen. Er forderte darauf seine Genossen auf, den Saal zu verlassen, was auch in aller Ruhe dann geschah. Es blieb lediglich die geringe Anzahl der Angehörigen der national-sozialistischen Partei zurück. Auf der Straße selbst kam es ebenso wenig wie vorher im Lokal zu irgendwelchen Ausschreitungen. Die



*Das Schlechterbräu,
ehemals katholisches
Vereinshaus*

Schuld an dem missglückten Verlauf der Versammlung trägt die national-sozialistische Partei selbst, welche bei ihrem ersten Auftreten dahier einen völlig ungeeigneten Redner vorschickte.“

Erst 1942 wurde publik, dass Ludwig Siebert bereits ab 1920 mit deutsch-nationalen und deutsch-völkischen Auffassungen liebäugelte. 1931 war er als erster deutscher Oberbürgermeister offen der NSDAP beigetreten.

Quellen:

Stadtarchiv Lindau, B II 134/3: Bericht Ludwig Sieberts vom 2. 12. 1922; Südschwäbisches Tagblatt, Lindau, vom 3.11. 1942; „Nachruf für Ludwig Siebert“ in: Stadtarchiv Lindau, Hlb 532; Manfred Stoppel „Die Entwicklung der frühen NSDAP (1922-1933) in Lindau am Bodensee, Parallelen und Berührungspunkte mit Vorarlberg“ in: Jahrbuch des Landkreises Lindau 17 (2002), S. 106–122

Katholische Jungmänner radeln ohne die HJ

Einerseits hatte die Römisch-Katholische Kirche im Juli 1933 mit NS-Deutschland ein Konkordat abgeschlossen, welches ihr die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und dessen öffentliche Ausübung garantierte. Andererseits schworen dadurch nun ihre Bischöfe in Deutschland in die Hand der NS-Reichsstatthalter u.a., dem Deutschen Reich die Treue zu halten und seine Regierung zu achten. Dieser Linie folgte der katholische Arbeitersekretär bei der Lindauer Josephifeier vom 19. März 1933, wenn er u.a. ausführte: „Wir wollen das feste Gelöbnis ablegen, unsere katholische Vereinsarbeit in den Dienst wahrhaft nationalen Wirkens zu stellen.“ Auch die Mitunterzeichnung des Aufrufes vom August 1934, Adolf Hitler durch die Verschmelzung der beiden bisher getrennten Staatsämter des Reichspräsidenten und Reichskanzlers zum „Führer“ Deutschlands zu ernennen, durch den Katholischen Kirchenbau-Verein Reutin, ist Ausdruck dieser Haltung.

Dennoch gab es insbesondere in der katholischen Vereinsjugend Lindaus auch jene Minderheit, welche sich der absoluten Bevormundung durch das NS-Regime beispielsweise 1935 phantasievoll widersetzte. Lindaus Tagblatt, seit Frühjahr 1934 zwangsvereinigt mit der Lindauer Nationalzeitung, berichtete am 22. Juni 1935 darüber drohend: „Wenn aber die Führer eines katholischen Jugendvereins versuchen, die Konkordatsbestimmungen zu missachten, dürfen sie sich auch nicht wundern, wenn ihnen etwas auf die Finger geklopft wird. Denn wenn man bemüht ist, durch verbotene Betätigung, nämlich Wandern, unerlaubte Fahrten und Treffen mit Gymnastik und Geländespielen für den Glauben und das Seelenheil der katholischen Jugend sorgen zu müssen, so ist dies aufs schärfste zu verurteilen, als Gesetzlosigkeit und geistiger Separatismus.“

Schlosser Hans Schielin (1918–2005) aus der Zitronengasse 6, erinnerte sich 1985 daran: „Wir wollten eine gemeinsame Fahrt machen am Pfingstsamstag und sind dann nachher über Rehlings aufgefahren. Oben in Rotkreuz stand eine Wache von Hitlerjugend und Polizei, die hat uns aufgehalten und wir mussten mit zurück in die Stadt. Die Fahrräder wurden beschlagnahmt, damit wir nicht wieder wegfahren.“



*Schlosserei Schielin
in der Zitronengasse*

Auch Schreiner Gebhard Nuber (1910–2002) aus der Kaserngasse 5, Leiter der damaligen Radlergruppe, erinnerte sich 1985: „Von Lindau heraus kam der Oberkommissar mit dem einzigen Auto, das sie hatten. Ich musste einsteigen. In der Polizeiwache beim Alten Rathaus auf der Insel bin ich dann verhört worden, eineinhalb Stunden mindestens. Ich bin dann von einem Polizeibeamten zum Amtsgerichtsgefängnis (vgl. Station 13) gebracht worden und da hat man mich behalten. Ich war dann alleine an dem Pfingstsonntagmorgen, und am Nachmittag haben sie mich dann gehen lassen.“

Im August wurden dem Jugendverein für zunächst drei Monate jegliche Aktivitäten verboten und dies in der örtlichen Presse bekannt gegeben: „1. Dem katholischen Jungmännerverein Lindau wird jede Betätigung verboten... 5. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung sind mit Haftstrafe bis zu sechs Wochen oder Geldstrafe bis zu 150 RM bedroht.“

Quellen:

Josef Fuchs/Hans Thieme (bearb.) zu „Christus! – nicht Hitler – Zeugnisse und Widerstand von Katholiken in der Diözese Augsburg zur Zeit des Nationalsozialismus“; Beilage für Stadt und Landkreis Lindau, Augsburg 1985; Lindauer Nationalzeitung vereinigt mit dem Lindauer Tagblatt vom 18.8.1934, 22.6. und 8.8.1935; Lindauer Volkszeitung vom 20.3.1933.

Familie Spiegel – Einst jüdische Bekleidungskaufleute

Emil Spiegel (1870–1942) übernahm Ende des 19. Jahrhunderts die 1886 eröffnete Lindauer Filiale des Herren- und Knaben-Bekleidungsgeschäftes seines Konstanzer Bruders Max Spiegel in der Cramergasse 12. Dieser führte zusammen mit der Konstanzer Kaufmannsfamilie Wolf das gemeinsame Modegeschäft „Spiegel & Wolf“ in der Lindauer Maximilianstraße 27 weiter.

Im Haustürrahmen zur Wohnung in der Cramergasse befand sich die in einer jüdischen Familie übliche „Mesusa“, der Haussegel, ein in einer kleinen Kapsel geschützter Textauszug der hebräischen Bibel (der Thora, d.h. der fünf Bücher Mose des alten Testaments). Den Gottesdienst besuchte die Lindauer Familie Spiegel in den Synagogen in Hohenems und in Konstanz.

Die beiden Lindauer Modehäuser Max Spiegel und Spiegel & Wolf gehörten bald zu den renommiertesten Modegeschäften in der Stadt und der Region. Zu ihrem Sortiment zählten u.a. Jacken, Kostüme, Paletots, Mäntel, Blusen, Hosen, Gummi-Mäntel, Automobil-Mäntel, Sportbekleidung und Fantasie-Westen.

Emil Spiegel war mit der aus der größten badischen jüdischen Landgemeinde Gailingen bei Stein am Rhein stammenden Clothilde Neuburger (1871–1944) verheiratet. Sie hatten zusammen fünf Kinder, Erna (1899–1906), Martha (1900–1943), Max (1902–1987), Joseph (1906–2006) und Ella Spiegel (1909–1989). 1904 erhielten Emil Spiegel und seine Familie das Lindauer Bürger- und Heimatrecht sowie die bayerische Staatsbürgerschaft. Eine Tragödie für die junge Familie war 1906 die Ermordung der siebenjährige Erna am Lindauer Hafen. Ihr Grab befindet sich heute auf dem jüdischen Teil des Konstanzer Friedhofes.

Sohn Max ging, um breitere berufliche Erfahrungen zu sammeln, in den 1920er-Jahren nach Köln. Dort heiratete er eine Katholikin. Zum Ehevertrag gehörte, dass die drei Kinder Rolf (1927–1994), Wolfgang (1928–2006) und die 1934 geborene Anni katholisch getauft und erzogen wurden.

Am 1. April 1933 zogen auch vor den Geschäftshäusern in der Cramergasse und in der Maximilianstraße Lindauer SA-Mit-



Clothilde und Emil Spiegel

glieder auf, um zum Boykott jüdischer Geschäfte aufzurufen. Bestimmte Häuser in der Stadt mied Martha Spiegel nun, wenn sie durch Lindaus Gassen lief. Auch wurde sie von immer weniger Menschen begrüßt. 1942 verhaftete sie die Gestapo (vgl. Station 14). Bruder Max in Köln erreichte zuletzt noch eine Karte aus dem Vernichtungslager Treblinka.

Emil und Clothilde Spiegel wurden danach von einem ehemals befreundeten Polizisten verhaftet und zum Transport in die Vernichtungslager nach Ulm gebracht. Emil Spiegel starb am 27.12.1942 im KZ-Ghetto Theresienstadt. Clothilde Spiegel kam am 18.5.1944 aus Theresienstadt in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.

Joseph und Ella Spiegel war noch rechtzeitig die Ausreise in die USA gelungen, wo sie den NS-Völkermord und den 2. Weltkrieg überlebten. Max Spiegel, inzwischen katholisch getauft, überlebte mit seiner katholischen Familie in Köln und Umgebung. Er kehrte mit dieser nach dem Ende der NS-Diktatur nach Lindau zurück und eröffnete hier wieder das 1938 im Rahmen der NS-Arisierung jüdischen Besitzes von einem ehemaligen Angestellten für 30.000,- RM übernommene Bekleidungs-geschäft.

Quellen:

Stadtarchiv Lindau B III/176/2010, 2011, Familienakten Berthold und Emil Spiegel; Lindauer Tagblatt vom 27.4.1906; Genealogische Unterlagen zur Familie Spiegel in der Sammlung H. Schüürman in Emmerich; Karl Schweizer „Jüdisches Leben und Leiden in Lindau – Ein Überblick“, Lindau 1989.

DAF, NS-Kreisleitung und SS im Haus zum Baumgarten

Das nach dem verheerenden Stadtbrand von 1728 unter der Bauherrin Regina von Eberz errichtete prächtige Bürgerhaus „Zum Baumgarten“ wurde im „Dritten Reich“ ab 1936 von den Lindauer NS-Spitzen als Mietobjekt teilweise für sich beansprucht. So wurde es Sitz der Lindauer Kreisleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei NSDAP, des Sturmabannes III/29 SS (Schutzstaffel) der SS-Standarte Lindau und der Deutschen Arbeitsfront DAF mit ihrer Tourismusorganisation Kraft durch Freude KDF.

Die 1925 gegründete SS war eine aus der SA hervorgehende terroristische Eliteorganisation der NSDAP. Der Musikzug der 29. SS-Standarte war in Lindau stationiert. Lindaus NS-Bürgermeister von 1933 bis 1938, Friedrich Siebert, trat 1931 der NSDAP und 1935 der SS bei. Der stellvertretende NSDAP-Kreisleiter Dr. med. Otto Butting trat 1932 der SS bei und arbeitete im Dezember 1938 bereits beim Stab des SS-Hauptamtes in Berlin.

Die Deutsche Arbeitsfront DAF wurde nach dem Verbot der freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 und mit deren beschlagnahmten Vermögen als NS-Zwangsorganisation für Arbeiter und Angestellte am 16. Mai 1933 gegründet, 1934 erweitert um die Mitgliedschaft der Unternehmer. In Lindau war sie zunächst in der Dienststelle der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation NSBO im „Seehof“ am heutigen Reichsplatz, dann in der Fischergasse untergebracht.

Die Lindauer Ortsgruppe der NSDAP wurde im November 1922 gegründet, deren Sturmabteilung SA kurze Zeit später. Sturmführer Mahlein erklärte 1938 ihre Aufgabe wie folgt: „Sie ist das Erziehungs- und Ausbildungsinstrument zur weltanschaulich soldatischen Haltung des deutschen Mannes. Welcher Dienst es auch sei, der die SA-Männer um ihre Fahne scharf: Sturmappell, Ausmarsch ins Gelände, Einsatz bei Gefahr, weltanschauliche Ausbildung, Sport auf dem Rasen“. Im 2. Weltkrieg erhielt der Platz vor der Sängerkirche, heute der Inselhallenparkplatz, den Namen „Platz der SA“.

In den letzten Lindauer Tagen des 2. Weltkrieges bis zur Befreiung durch die französische Armee am 30. April 1945 spitzten sich die Ereignisse auch in der Lindauer NSDAP-Kreisleitung zu.



Haus zum Baumgarten in der NS-Zeit

SS-General Wagner beförderte Major Hermann zum Kampfkommandanten der Stadt. Die Dienststelle des Kampfkommandanten hatte im Baumgarten zu sein. Hermann aber wollte die Stadt friedlich und unbeschädigt übergeben. Dies wurde durch das Auftauchen von SS-Gruppenführer Jürgen Stroob, dem Schlichter des jüdischen Ghettoaufstandes in Warschau 1943 gefährdet. Hermann dazu: „Sogleich nach Auflösung des Volkssturmes tauchten in der Kreisleitung dunkle Gestalten auf, die angeblich vom Freikorps Adolf Hitler gekommen waren und mit unbekanntem Aufträgen sich in der Kreisleitung aufhielten. Jedenfalls musste Hermann auf der Hut sein, bis er die Übergabe vollenden konnte.“

Am Ende des 2. Weltkrieges wurde auch von den bisherigen Lindauer NS-Gewalten hier im Haus Spurenvernichtung betrieben: „Im Innenhof türmten sich bergeweise Akten, die schnell mit Benzin übergossen und verbrannt wurden. Der Aschehaufen brannte noch, da fuhren die ersten Panzer über die Landtorbrücke bis zum Marktplatz. Das Haus wurde beschlagnahmt und man brachte darin gefangene Offiziere und zivile Prominenz unter. Sämtliche Haus- und Wohneingänge wurden von Französischen Militärposten bewacht.“

Quellen:

Angela Heider-Feustel „Haus zum Baumgarten 1730–2005“, Lindau 2005; Karl Schweizer „Ende des Nationalsozialismus und des 2. Weltkrieges in Lindau 1945“ in: „Montfort“, Vierteljahresschrift für Geschichte und Gegenwart Vorarlbergs, 47/3 (1995) S. 231–243.

Stadtpfarrer Kühn gegen „Deutsche Christen“

In der Fensterfront der Südseite befindet sich ein 1934 vom Ludwig Siebert (1874–1942) zur Kirchenrenovierung gestiftetes doppeltes Glasfenster. Ludwig Siebert war von 1919–1933 Lindaus Oberbürgermeister und danach bis 1942 bayerischer NS-Ministerpräsident (vgl. Station 7).

Obwohl im August 1934 die vier evangelischen Pfarrer Lindaus öffentlich zur Stimmabgabe für Adolf Hitler aufgerufen hatten und sechs Wochen später Landesbischof Hans Meiser – seit 1926 als offener Antisemit bekannt – Festprediger beim Einweihungs- und Erntedankgottesdienst war, reichte dies der Lindauer NS-Führung nicht. Lindaus Erster Bürgermeister Fritz Siebert (1903–1966), Sohn von Ludwig Siebert, verbot das im Anschluss an den Gottesdienst auf dem Marktplatz vor der Kirche geplante gemeinsame Singen der beiden ersten Verse des Lutherliedes „Eine feste Burg ist unser Gott.“

Das gestiftete Doppelglasfenster zeigt links die vier apokalyptischen Reiter und rechts die Austreibung jüdischer Geschäftsleute aus dem Jerusalemer Tempel durch Jesus. Dabei trägt der fliehende Händler rechts eindeutig abwertende antisemitische Gesichtszüge.

Zum 1. Mai 1935 kam Pfarrer Georg Kühn (1900–1968) auf die 1. Pfarrstelle von St. Stephan. Er kämpfte entschlossen gegen den wachsenden Einfluss der stramm nationalsozialistisch orientierten „Deutschen Christen“ DC. Diese waren 1932 gegründet worden. Ende Juni 1933 hatte ihr von Adolf Hitler ausgesuchter Bevollmächtigter, Wehrkreispfarrer Ludwig Müller das neue Amt des evangelischen Reichsbischofs an sich gerissen. Bei den Kirchenwahlen 1933 erhielten die DC deutschlandweit 70% Zuspruch. Zur Rede Müllers in Friedrichshafen am 16. Mai 1935 fuhren laut Lindauer Nationalzeitung auch 400 Lindauer. Geistiger Mentor der Lindauer DC-Gruppe war Stadtpfarrer Dr. Karl Steger aus Friedrichshafen, welcher bereits von 1925 bis 1927 Landesgeschäftsführer der NSDAP Württembergs war. Am Tag der Amtseinführung Georg Kühns in St. Stephan führten rund 50 Lindauer DC-Mitglieder im Bahnhofsterrassensaal eine eigene Versammlung durch.



Farbfenster, gespendet
von Ludwig Siebert 1934

Bereits zwei Tage später wurde Pfarrer Kühn eine angemeldete interne Aufklärungsversammlung über die DC polizeilich verboten. Ihre Wiederholung zwei Tage später stand unter Polizeibewachung. Andererseits erhielt Kühn zur polizeilich geschützten Versammlung der DC keinen Zutritt. Bereits Mitte Mai lief ein erster Strafantrag der Politischen Polizei gegen ihn. Er selbst formulierte gegenüber dem Landeskirchenrat noch die Hoffnung, in Lindau „nun eine feste, regelmäßig zusammenkommende Bekenntnisgemeinschaft“ aufbauen zu können. Seine Arbeit aber wurde bereits von der Polizei und Zuträgern der DC überwacht.

Auch seine interne Sitzung mit rund 20 Gemeindehelferinnen am 16. Dezember 1935 wurde polizeilich aufgelöst, die ausgelegten Informationsschriften beschlagnahmt. Das Polizeiprotokoll hielt dazu u.a. fest: „Pfarrer Kühn hat sich stets den Anordnungen des Staates entgegengesetzt und er wurde deshalb schon verschiedentlich zur Anzeige gebracht. Auch die Verhängung eines Redeverbotes konnte Pfarrer Kühn von seiner bisherigen Tätigkeit nicht abbringen.“

Georg Kühn wurde zum 16. Januar 1936 nach Sollnhofen versetzt, sein Nachfolger an St. Stephan wurde ab 1. März 1936 Pfarrer Karl Schneidt.

Quellen:

Stadtarchiv Lindau, B II/134/2; Archiv des Evgl. Luth. Pfarramtes St. Stephan Lindau, Sachakten zum Kirchenkampf Nr.16 bis19, 1934–1940; Pfarrerkartei Georg Kühn des landeskirchlichen Archivs der Evgl. Luth. Kirche in Bayern, Nürnberg; Lindauer Nationalzeitung vereinigt mit dem Lindauer Tagblatt vom 18.8.1934 und 18.5.1935.

Anni Starke – Stille Helferin und Friedensaktivistin

1905 kam Anna Pauline Starke (1905–1993) in Lindau zur Welt. Klein von Statur und leicht gehbehindert, lernte die „Brillenschlange“ nach dem Besuch der Volksschule und der Höheren Mädchenschule früh die Unbilden des Lebens kennen. Da ihre Eltern gleichzeitig schwer erkrankten, musste sie während ihrer letzten sechs Schulwochen das elterliche Lebensmittelgeschäft in der Schmiedstraße 12 führen und dafür vom Schulbesuch befreit werden.

1929 bis 1931 studierte sie in München Sozialarbeit, konnte danach aber wegen der Weltwirtschaftskrise keine Anstellung als „Wohlfahrtspflegerin“ finden.

Wenige Wochen nach der Machtübertragung an die NSDAP hielt das Verhaftungsprotokoll der Lindauer Schutzmannschaft vom 10. März 1933 u.a. folgende Sätze fest:

„Starke Anna, Haustochter. Die vorgenommenen Durchsuchungen bei Starke, die als geistige Führerin der K.P.D. anzusehen ist, förderte eine große Anzahl kommunistischer Zeitschriften, Tageszeitungen und Broschüren zu Tage, die vorläufig auf der Polizeihauptwache sichergestellt wurden.

Auch bei dem Lehrer Götzger wurde eine sehr große Anzahl, etwa 2–3 Waschkörbe voll kommunistischer Zeitschriften und Bücher vorgefunden. Götzger will die Druckschriften nur zu wissenschaftlichen Zwecken halten. Dagegen verkehrte die Kommunistin Starke sehr viel bei Götzger...“

Wieder aus der Polizeihaft entlassen, aber ohne Ausweis, arbeitete Anni Starke 1934 vorsichtshalber bei Bekannten in Stuttgart, wo ihr das Polizeipräsidium im Oktober einen neuen Reisepass ausstellte. Dessen Verlängerungsmöglichkeit über das Jahr 1939 hinaus war allerdings gestrichen worden. 1935 kehrte sie zur Unterstützung der Mutter zurück in das Lindauer Geschäft.

Ihre Liebe zu dem jüdischen Graphologen Dr. E. Weinberg aus ihrer Mannheimer Zeit als Wohlfahrtspraktikantin endete tragisch. Dr. Weinberg starb als Flüchtling in Paris an Tuberkulose.

Inzwischen hatten jene Jahre begonnen, in denen „Fräulein Anni Starke“ die bescheidenen Möglichkeiten des Lindauer Lebensmittelladens auch dazu nutzte, bedrohten und in Not gera-



*Anna Starke als Studentin
1932*

tenen Menschen von der Schmiedgasse 12 aus zu helfen. Dazu gehörte aus ihrer Münchner Zeit auch der dortige jüdische Professor F. Schnell. In seinem Abschiedsbrief vom Juli 1942 nach Lindau schrieb dieser u.a.:

„Ich muss Ihnen schon heute schreiben. Wenn der Brief abgesandt wird, so bedeutet dies, dass ich soeben den Deportationsbefehl erhalten habe, den Auftrag, mich zur Abholung in das Milpertshofener Judenlager bereit zu halten, von wo aus die Abschubungen in den Osten erfolgen ... Damit nehme ich von Ihnen Abschied. An ein Wiedersehen glaube ich, offengestanden, nicht mehr ... Leben Sie recht wohl! Ich werde Ihnen stets aufs treueste gedenken. Lassen Sie sich's nur so gut gehen, als möglich ist. Mit den innigsten Wünschen und herzlichsten Grüßen.
Ihr F. Schnell.“

Beiliegend war ein Abschiedsbrief an die nach Argentinien geflohene Tochter Gretel, zu der Anni Starke weiter brieflichen Kontakt hielt.

Nach dem 2. Weltkrieg trat sie der stalinistisch verzerrten KPD nicht mehr bei, wurde aber die Lindauer Vertreterin der „Westdeutschen Frauen-Friedensbewegung“.

Quellen:

Verhaftungsprotokolle der Schutzmannschaft Lindau vom März 1933 in: Stadtarchiv Lindau, B II/93/13; Nachlass von Anna Starke im Besitz des Verfassers; Karl Schweizer „Lindauer Frauengeschichte(n) – Eine Skizze“, Lindau 2000.

Lindaus Gefängnis

An der Stelle der heutigen Einfahrt vom Stiftsplatz zum Parkplatz südlich des Amtsgerichtsgebäudes gegenüber dem Biergarten des Hotels „Stift“ befand sich mit der alten Hausnummer Stiftsplatz 5 bis 1973 das Lindauer Amtsgerichtsgefängnis. Die bayerische Monarchie hatte es ab 1838 als „Frohnfeste“ errichten lassen.

Nach der Machtübergabe an die NSDAP füllten sich ihre Gefangenzellen schnell mit politischen Häftlingen, was im Lindauer Tagblatt beispielsweise am 13. März 1933 dann wie folgt zu lesen war: „Lindau. 13. März (erneute Polizeiaktion). Aufgrund der Auflösung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wurde laut Polizeibericht am Samstag, den 11. März, bei einer größeren Anzahl von Mitgliedern das gesamte Material an Ausrüstung Vereinsvermögen, Fahnen und Abzeichen, sowie schriftliche Sachen in polizeiliche Verwahrung genommen. Ferner wurden am Samstag, den 12. März erneut 10 Kommunisten und ein Reichsbannerführer in Schutzhaft genommen.“ „Schutzhaft“ war die Tarnbezeichnung des NS-Regimes für willkürliche Verhaftungen. Das „Reichsbanner“ war die antifaschistische gemeinsame republiktreue Organisation der SPD und der sozialdemokratischen Gewerkschaften des ADGB. Die beschlagnahmten Vereinsgegenstände wurden nicht mehr zurück gegeben.

Anfangs protestierte ein Teil der politischen Häftlinge selbst noch aus dem Gefängnis heraus, wie das Lindauer Tagblatt vom 11. März 1933 berichtete. Als Protest gegen den Jubelumzug von SA, dem Frontkriegerbund, dem Stahlhelm-Bund und dem städtischen Kurorchester zur Feier des beginnenden „Dritten Reiches“ zeigten etliche antifaschistische Gefangene aus den vergitterten Fenstern ihre erhobenen Fäuste.

Schnell waren die Gefängniszellen auch in Lindau überfüllt und immer mehr Gefangene wurden in das am 22. März eröffnete neue Konzentrationslager KZ Dachau verlegt, wie das Lindauer Tagblatt beispielsweise am 15. Mai 1933 meldete: „Heute morgen wurde eine größere Anzahl von Kommunisten, die bisher im hiesigen Amtsgerichtsgefängnis untergebracht waren, unter scharfer Bedeckung durch SA- und SS-Polizei und Landjägern zum Bahnhof gebracht, von wo aus sie mit dem Zuge nach dem Gefangenenlager in Dachau weiter befördert



Gefängnis Lindau mit NS-Fahne

wurden. Vor und im Bahnhofsgebäude hatte sich zahlreiches Publikum eingefunden, darunter auch Angehörige und Bekannte der Inhaftierten, die sich mit Zurufen und Taschentücherwinken von diesen verabschiedeten.“

Der Schriftsteller Norbert Jacques (1880–1954), lebte damals in Thumen bei Schlachters und berichtete später von seiner Inhaftierung in das Lindauer Gefängnis am Tag nach dem missglückten Elser-Attentat auf Adolf Hitler:

„Im November 1939 hatte mich unser Dorfgendarm ins Gefängnis nach Lindau abgeführt. Man sagte mir nicht, weshalb es notwendig geworden, dass man mich von meinen Mitmenschen abtrennte. Ich musste mich mit dem Bescheid zufrieden geben, meine Verhaftung sei auf Befehl der Berliner Gestapo erfolgt. Eines Nachts wurde ein Gefangener gebracht. Das Klirren des Gitters, welches das Stockwerk abschloss, weckte mich. Ich hörte die übermäßig aufgeregte Stimme eines jungen Menschen. Er schien sich zu wehren. Dann war es, er würde inmitten eines heftigen Tumults an meiner Tür vorbeigezerrt, plötzlich war die Stimme ganz nahe, fast wie im Holz dieser Tür, doch dann entfernte sie sich. Eine Tür schlug zu.“

Quellen:

Lindauer Tagblatt 1933; *Intelligenzblatt der Königl. Bayer. Stadt Lindau* vom 12.6.1838; Norbert Jacques „Das Guckloch“ in *Lindauer Zeitung* vom 7.7.1954; ders. „Mit Lust gelebt – Roman meines Lebens“, St. Ingbert 2004, S. 437f.

Lindaus ehemaliges Gestapo-Haus

Im Winter 1936/37 bezog die Geheime Staatspolizei (Gestapo) Lindau das neu errichtete Polizeigebäude in der Linggstraße 3, nachdem sie zuvor bei der Grenzpolizei im Haus Hafensplatz 4 untergebracht war.

Dem im Februar 1933 begonnenen Neuaufbau einer politischen Polizei in Deutschland folgte im April die Gründung der Gestapo durch Reichsinnenminister Göring. Im Juni 1936 ordnete der „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei“, Heinrich Himmler, dieses staatliche Überwachungs- und Terror-system neu. Himmlers Vater war 1865 in Lindau geboren worden.

Im März 1936 hatte das Land Bayern für 17000 RM das bisherige Gartengrundstück von Celum (Clara) Nördlinger (1878–1940), der Frau des jüdischen Rechtsanwaltes Max Nördlinger (vgl. Station Nr. 15) gekauft, um darauf einen Neubau für Gestapo und Grenzpolizei errichten zu lassen. Die Lindauer Nationalzeitung schrieb am 31. Oktober dazu: „Seit Anfang September schafften etwa 60 Mann an dem neuen Heim für die Gendarmeriehauptstation und das Grenzkommissariat der Geheimen Staatspolizei, das in der Linggstraße, gegenüber dem Gasthaus ‚Stift‘ zu stehen kommt. Die unteren Räume sind der Geheimen Staatspolizei vorbehalten, während im Oberschoß die Kanzlei und Registratur für die Gendarmerie und die Wohnung des Bezirksführers untergebracht werden“.

Bei der Gestapo liefen die Denunziationen der Beamten, der NSDAP und privater Spitzel zusammen, wie beispielsweise jene einer Unterreitnauerin, die einen dortigen Schuster wegen eines politischen Witzes bei Lindaus Gestapo angezeigt hatte. Die Sozialdemokratin Adelheid Donderer (1889–1973) aus Lindau-Zech wurde denunziert, weil sie verbotener Weise den Schweizer Radiosender Beromünster gehört hatte und musste dafür fünf Monate in Haft.

In der Summe wurden über die Gestapo daraus folgenschwere Behörden-Meldungen, wie jene der Bayerischen Politischen Polizei in München am 2.12.1935 an das Lindauer Landratsamt (damals Bezirksamt): „Hier ist folgende vertrauliche Mitteilung eingegangen: Von Frau M., Lindau-Reutin, wurde in



*Lindaus Gestapohaus
1937–1945*

Erfahrung gebracht, dass bei ihrem Wohnungsnachbar, einem bekannten ehem. Kommunisten, öfters nächtliche Zusammenkünfte gleichgesinnter Elemente beobachtet wurden“.

Von Mai 1935 bis März 1938 vereinnahmte Lindaus Gestapo das Dienstboot „Panther“ der Wasserschutzpolizei für ihre Zwecke. Ihr Leiter war der 1904 in München geborene Joseph Schreieder, seit 1923 bei der Grenzpolizei u.a. in Lindau tätig, 1932 Kommissar der Politischen Polizei Bayerns und ab 1933 Mitglied der SS. Nach der Einverleibung Österreichs wurde er im März 1938 Leiter der Grenzpolizei und Gestapo in Bregenz und im August 1940 im Range eines SS-Sturmbannführers und Kriminaldirektors Abteilungsleiter beim Befehlshaber des Sicherheitsdienstes in den besetzten Niederlanden. Im Rahmen der dortigen Spionageabwehr gegen England, dem „Englandspiel“, ordnete er kurz vor Kriegsende die Erschießung von 14 Menschen in Dronrijp an.

Das Lindauer Referat VI der Sicherheitsdienst-Abwehrstelle Lindau hatte ab 1939 zusammen mit den entsprechenden Dienststellen in Friedrichshafen und Bregenz die Aufgabe, die Nordostschweiz im Rahmen des Referates „Schweiz“ des Reichssicherheitshauptamtes auszuspionieren.

Quellen:

Lindauer Nationalzeitung vereinigt mit Lindauer Tagblatt vom 31.10.1936; Hans Rudolf Fuhrer „Spionage gegen die Schweiz“, Frauenfeld 1982; Josef Schreieder „Das war das Englandspiel“, München 1950; Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie Amsterdam, Biographie Nr. 1529 „Joseph Schreieder“.

Eine jüdische Lindauer Hausgeschichte

Der 1776 in München geborene jüdische Lottokollekteur Jakob Alexandersohn zog 1807 nach Lindau und kaufte 1810 für 3800 Gulden das Haus in der heutigen Linggstraße 12, zuzüglich einem Weingarten für 411 Gulden. Beides hatte zuvor zum Frauenkloster „Damenstift“ gehört. Zusammen mit einem Werkmeister, bezahlten Landwebern und seinem 15-jährigen Sohn Isaak betrieb Alexandersohn 1821 bis 1826 in Oberhof auf Manufakturbasis eine Baumwollfabrikation und gehörte damit zu den örtlichen Industriepionieren.

Der 1821 im württembergischen Laupheim geborene Victor Nördlinger jüdischen Glaubens kam als Kaufmann und vermutlich Pferdehändler 1840 nach Lindau. Er kaufte das Haus in der Linggstr. 12 und heiratete 1860 die aus Laupheim stammende Bertha Einstein. 1885 starb er, 1901 seine Frau.

Ihr 1869 geborener Sohn Max erbte das Lindauer Haus. Er wurde nach einem Studium in München 1895 in Lindau selbständiger Rechtsanwalt und 1925 bayrischer Justizrat. 1906 heiratete er die 1878 in Ulm geborene jüdische Kaufmannstochter Celum Hilb. Celum Clara Nördlinger wurde bei der Gründung des Lindauer Vereins für Fraueninteressen im Jahre 1908 eine der Beisitzerinnen des Vorstandes.

Wöchentlich einmal stieg Max Nördlinger auf den Dachboden seines Hauses Linggstraße 12 zum Gebet für den Beginn des Sabbat.

Sozialdemokratisch orientiert, war Max Nördlinger 1918/19 juristischer Beisitzer des Lindauer Arbeiter- und Soldatenrates und unterschrieb bereits 1920 einen Brief gegen antijüdische Umtriebe in der Stadt. 1927 war er Vorsitzender des Lindauer Volksbildungsvereins, dem Vorläufer der heutigen Volkshochschule. Mit dem 1909 geborenen Walter und dem 1917 geborenen Werner Leopold Nördlinger entstammten zwei Söhne der Ehe.

Walter Nördlinger war Schulkamerad eines der Söhne des Lindauer Oberbürgermeisters Ludwig Siebert, welcher 1931 als erster Oberbürgermeister Deutschlands offen der NSDAP beitrug und auf dessen Wahlplakaten stand: „Juden haben keinen Zutritt“. Am 1. April 1933 zogen auch vor dem Haus



*Ehemaliges Wohnhaus
Alexandersohn und
Nördlinger*

Nördlinger Lindauer SA-Mitglieder als Boykott-Wächter auf. 1935 starb Max Nördlinger im Lindauer Krankenhaus und wurde in Laupheim beerdigt. Celum Nördlinger (vgl. Station 14) starb 1940 in München an Krebs, wohin sie im November 1938 gezogen war. Danach versuchte der Oberfinanzpräsident München erfolglos ihr Lindauer Haus mit Grundstück einzuziehen.

Walter Nördlinger floh 1934 vor den Nachstellungen durch die Nazis an der Münchner Universität nach Palästina. Werner Nördlinger konnte nach zweimaliger Verweigerung eines Studienplatzes in Deutschland 1937 in die USA auswandern.

1944/45 kehrte er als Soldat der alliierten Truppen nach Deutschland zurück und war an der militärischen Befreiung Münchens beteiligt. Danach lebte er in Frankreich und besuchte Lindau häufiger als Tourist.

Quellen:

Gernot Römer „Wir haben uns gewehrt“, Augsburg 1995; Karl Schweizer „Jüdisches Leben und Leiden in Lindau – Ein Überblick“, Lindau 1989; ders. „Lindauer Frauengeschichte(n) – Ein Skizze“, Lindau 2000.

Jüdische Kaufleute Clara und Ferdinand Weil

Die 1913 eröffnete Lindauer Filiale des Versandhauses Maier-Landauer aus Ravensburg wurde von den jüdischen Eheleuten Ferdinand Ludwig Weil und Clara Weil, geborene Maier-Landauer geleitet. Zum Verkauf gelangten alle Arten von Textilien, aber beispielsweise auch Kinderspielwaren.

1928 kauften die Eheleute das Haus und ließen es renovieren. Die 1920 geborene Tochter Lieselotte, welche die christliche Volksschule auf der Insel besuchte, erinnerte sich: „Noch in diesem Jahr liess mein Vater durch Herrn Gustav Brodbeck das Haus malen und brachte dort an der Ludwigstraße einen schwarzen Adler mit der altdeutschen Schrift an ‚Dies Haus zum Schwarzen Adler genannt, schütze Gott vor Sturm und Brand! Die Hauswand der Salzgasse bekam so eine Art Barockgirlande mit Putten, Weintrauben etc.“

Am 1. April 1933 wurde auch das Geschäft Weil-Landauer ein Opfer des antijüdischen Boykottaufrufes durch die örtliche SA. Im Oktober 1938 erinnerte die Lindauer Nationalzeitung: „Kauf beim Juden, ein Scheidungsgrund“. Lieselotte Weil dazu 1989: „Nachdem durch den Boykott unseres Geschäftes finanzielle Schwierigkeiten entstanden, verkaufte mein Vater (1937 für 61000 RM, K.S.) das Haus an Herrn Faes, das Geschäft an Herrn Feurle.

Zu dieser Zeit war ich nicht mehr in Lindau. Die Cousine meines Vaters hatte mich am 3. März 1936, knapp nach meinem 16. Geburtstag, nach Jugoslawien abgeholt. Meine Eltern blieben weiter in der Wohnung in der Salzgasse. Mein Vater versuchte 1938 (in Jugoslawien, K.S.), um eine neue Existenz bemüht, mit meinem Onkel zusammen ein Geschäft aufzumachen, bekam aber inzwischen den Buchstaben J in seinen Reisepass und musste deshalb das Land verlassen, bzw. wurde er abgeschoben. So kam er nach Budapest, wo er nur illegal bleiben konnte.

Inzwischen schickten uns unsere in Amerika lebenden Verwandten Geld, damit wir vorläufig nach Südamerika auswandern könnten. In dieser Zeit wurde mein Vater von jemanden entdeckt und wochenlang mit hohen Geldsummen erpresst, als nichts mehr vorhanden war, angezeigt und nach Wien ver-



Judenausweis von Clara Weil von 1939

schleppt. Da mir bei einer Erneuerung des Reisepasses ebenfalls dasselbe passiert wäre, habe ich geheiratet und damit automatisch die jugoslawische Staatsbürgerschaft erhalten.

Meine Mutter lebte noch einige Zeit allein in der Wohnung in der Salzgasse, dann wurde ihr gekündigt und nur Herr Guido Kottmaier und seine Schwester Emma in der Ludwigstraße nahmen sie als Mieterin eines kleinen Zimmers auf. Als ich im Mai 1939 nochmals in Lindau war, versuchte ich beim USA-Konsulat in Stuttgart eine Einwanderungsquote (für sie, K.S.) zu bekommen, was mir auch gelang. Doch war die Nummer so hoch, dass die Deportierung meiner Mutter rascher erfolgte, als eine Auswanderung in die USA zustande gekommen wäre.“

1941, ihr Bruder Paul war 1940 in Grafeneck durch Vergasung ermordet worden, lebte Clara Weil für wenige Tage nochmals in Ravensburg, danach im Lindauer „Hausghetto“ der Familie Spiegel in der Cramergasse 12. Von dort brachte sie die Polizei im März 1942 in das Judenlager Milbertshofen in München, von wo sie im April in das Ghetto Piaski bei Lublin in Polen verschleppt wurde, bevor sie vermutlich in einem der nahen Vernichtungslager ermordet wurde. Ferdinand Weils Spuren verloren sich 1941 in Wien.

Quellen:

„Judenausweis“ von Clara Weil im Stadtarchiv Ravensburg; Briefe von Lieselotte Weil-Almasi an den Autor; Karl Schweizer „Jüdisches Leben und Leiden in Lindau – Ein Überblick“, Lindau 1989.

Stadtrat, Sozialdemokrat, Gewerkschafter

Der 2001 eingeweihte Weg wurde nach dem 1896 in Wangen/Allg. geborenen Gustav Röhl (1896–1962) benannt. Nach Ende des 1. Weltkrieges 1918 kam er nach Lindau und erhielt als Maschinenschlosser von 1921 bis 1929 Arbeit bei den neu eröffneten Escher-Wyss-Werken, heute Cofely. Hier heiratete er die aus München stammende Haushälterin Emilie Fleischmann (1899–1968).

Röhl wurde in den Betriebsrat der Firma gewählt, dessen Vorsitzender und Schriftführer im Deutschen Metallarbeiterverband Lindau. 1922 trat er der SPD bei. Bereits 1925 wurde er bis 1930 jüngstes Stadtratsmitglied. Neben zu war er Lokalberichterstatler der sozialdemokratischen und nazifeindlichen „Schwäbischen Volkszeitung“ in Augsburg. 1928 besuchte er erfolgreich die gewerkschaftseigene Wirtschaftsschule in Bad Dürrenberg, wurde 1929 als Angestellter in das Augsburger Arbeitsamt berufen und 1932 Leiter des Arbeitsamtes Nördlingen.

Als Folge des NS-Gesetzes „Zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ machten ihn bereits 1933 Hitlers Getreue arbeitslos. Die Familie zog wieder nach Lindau. Trotz politischer Auslese der Bewerber/-innen schaffte es Gustav Röhl, im neu eröffneten Dornier-Rüstungsbetrieb in Rickenbach Arbeit zu finden. Nachdem 1939 Deutschlands Regierung den 2. Weltkrieg losgetreten hatte, entdeckte Lindaus ehemaliger Oberbürgermeister und nunmehriger Ministerpräsident Ludwig Siebert bei einer Werksbesichtigung seinen alten politischen und journalistischen Kontrahenten Röhl. Dieser musste noch am gleichen Tage seine Papiere holen und ab nun in den Friedrichshafener Dornier-Werken arbeiten.

Im März 1940 wurde er am Arbeitsplatz in Friedrichshafen von der Gestapo verhaftet. Emilie Röhl, von ihrer Arbeit bei Escher-Wyss in Lindau geholt, musste zusehen, wie ihre Wohnung von der Gestapo durchwühlt wurde. Die Anklage lautete auf „Beihilfe zur Vorbereitung zum Hochverrat“. Hintergrund war ein Schriftwechsel mit dem früheren SPD-Landtagsabgeordneten Valentin Bauer aus Augsburg, welcher inzwischen im schweizerischen Exil lebte und dessen über Lindau nach Rorschach reisender Verbindungsmann der Schriftsetzer Josef



Emilie und Gustav Röhl ca. 1942

Wittmann aus Nördlingen war (vgl. Station 1). Während Wittmann 1942 hingerichtet wurde, verbrachte Gustav Röhl zwei Jahre in den Gefängnissen Stadelheim und Landsberg. Emilie Röhl wurde angeklagt, weil sie ihren Ehemann trotz dessen staatsfeindlicher Äußerungen nicht angezeigt habe. Doch sie wurde freigesprochen.

Nach der militärischen Befreiung erhielt Gustav Röhl bereits am 22. Mai 1945 von der französischen Militärverwaltung den Auftrag, die Gewerkschaften in der Stadt und im Landkreis Lindau neu zu organisieren. Im Juni 1945 wurde ihm die Leitung des Lindauer Arbeitsamtes übertragen, von 1952 bis 1961 zusätzlich der Titel Direktor.

1946 fand in der Röhl'schen Wohnung die Gründung der Lindauer Arbeiterwohlfahrt statt, deren langjährige Vorsitzende Emilie Röhl wurde.

Quellen:

Herbert Röhl „Erinnerungen an unsere Eltern“; Lindau 1984; Stefanie Lentz „Großer Politiker und engagierter Bürger“ in Lindauer Zeitung vom 7.3. 2001; Karl Schweizer „Gustav Röhl“ in „Mehr als 100 Jahre Metall-, Textil- und Holzgewerkschaften in Lindau“, Lindau 2004, S. 103–105.

Bienenprofessor Dr. Ludwig Armbruster

Während des „Dritten Reiches“ zogen verschiedene vom NS-Regime bedrängte und bedrohte Menschen in die Bodenseeregion, so beispielsweise der Maler Otto Dix, bisher Professor an der Kunstakademie in Dresden, bereits 1933 zuerst nach Randegg und 1936 nach Hemmenhofen am Untersee.

Im Herbst 1936 kaufte der aus Markdorf gebürtige Prof. Dr. Ludwig Armbruster (1886–1973) das Haus Nr. 19 am Lindauer Giebelbachweg, welches er endgültig im August 1943 bezog. Der heutige Nachfolgebau trägt den Namen Prof. Armbruster Haus.

1909 wurde er in Freiburg zum Priester geweiht. 1913 erwarb er den Dokortitel in Zoologie, Botanik und Mathematik. 1923 wurde er Direktor des Instituts für Bienenkunde an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin. Anfang 1934 beantragte der neu eingesetzte NS-Rektor der Hochschule auf der Grundlage des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ von April 1933 die Entlassung von Armbruster, weil dieser „vom nationalsozialistischen Standpunkt aus als Lehrer an einer Hochschule nicht tragbar“ und „ausgesprochen judenfreundlich“ sei. Er wurde zum 1. August 1935 mit 48 Jahren zwangsweise in den Ruhestand versetzt und auf seine Professorenstelle ein aktiver NS-Faschist berufen.

Armbruster gehörte keiner Partei an, stand aber dem katholischen Zentrum nahe. 1933 verweigerte er in couragierter Art seine Unterschrift unter die Zustimmungserklärung der Professoren der Landwirtschaftlichen Hochschule zur Machtübernahme durch die neue nationalsozialistische Regierung Adolf Hitlers. Seine Kontakte auch zu jüdischen Bienenforschern sowie zu jüdischen Bienenkudlern in Palästina und seine Mitgliedschaft im „Deutschen Komitee pro Palästina zur Förderung der jüdischen Palästinasiedlung“ seit 1931 machten ihn für den neuen NS-Rektor zum „Judenfreund“. Tatsächlich waren an Armbrusters Institut überdurchschnittlich viele jüdische Hörerinnen und Hörer eingeschrieben, da eine der Einreisebedingungen in das damalige englische Mandatsgebiet Palästina ein Berufsabschluss war und das Zeugnis von Armbrusters Instituts für Bienenkunde hierfür anerkannt wurde. Auf diese Weise hatte Prof. Armbruster bis Sommer 1935 die



*Prof. Dr. Ludwig
Armbruster 1928*

Überlebenschancen mancher seiner jüdischen deutschen Studierenden in Form einer Auswanderungserlaubnis nach Palästina deutlich erhöht.

In der Entlassungsbegründung vom Februar 1934 stand u.a., dass er „mit dem Zentrum in Verbindung gestanden und zu den Ministern der verjagten Regierung innige Beziehungen gehabt“ habe und nicht gewillt sei, „die vom Ministerium gewünschte Erziehung der Schüler durch persönliche Beeinflussung im nationalsozialistischen Sinne vorzunehmen.“

Nach Ende des NS-Regimes 1945 wurde Ludwig Armbruster von der Berliner Universitätsleitung nicht mehr berufen, obwohl er von der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität bis 1947 dafür vorgeschlagen worden war.

Er blieb als freier Wissenschaftler in Lindau, wo er zu verschiedensten Themen Bücher und Abhandlungen unter anderem in seinem Verlag „Die Biene“ veröffentlichte und mit 87 Jahren starb. Sein Grab befindet sich auf dem Friedhof in Überlingen.

Quellen:

Roland Hepting „Ludwig Armbruster – Dr. phil. nat., ord. Professor (1886–1973)“ in: Markdorfer Begegnungen, Band 3, Tettngang 2000, S. 209–219; Steffen Rückl „Armbrusters Zwangspensionierung wegen verweigerter Anpassung“ in: Humboldt – Zeitschrift der Humboldt-Universität Berlin, 6. Oktober 2006; Jakob Maria Soedher „Heidenmauer“, Augsburg 2009.

Familien Herzberger – Jüdische Opfer des NS-Staatsterrors

Angesichts der beginnenden Verfolgungsmaßnahmen flohen die beiden jüdischen bzw. ehemals jüdischen Brüder Alfons und Julius Herzberger, frühere Geschäftsleute und nun Rentner, bereits im März 1933 aus Lindau in das noch freie Saarland.

Alfons Herzberger, geb. 1879, hatte seit 1921 den alten „Haldenhof“, Bäuerlinshalde 42, bewohnt. Er war im 1. Weltkrieg als deutscher Soldat und Vizefeldwebel mit dem Orden „Eisernes Kreuz 1.“ ausgezeichnet und zum Reserve-Offizier befördert worden. Sein zum evangelischen Glauben übergetretener Bruder Julius (1866–1934) hatte die 1879 in Breslau geborene evangelische Cäcilie Kassel geheiratet. Das Ehepaar wohnte seit 1921 in der Schöngartenstraße 21.

Ab Juli 1933 wurden Lindaus NS-Behörden aktiv, um sich der emigrierten Brüder zu bemächtigen. Doch diese kamen nicht zurück, weil sie, wie eine Aktennotiz es festhielt, befürchteten, „bei einem Übertritt über die Grenze verhaftet und nach Dachau geschickt zu werden.“ Lindaus 1. Bürgermeister Friedrich Siebert ließ sie nun vom NSDAP-Kreis-Propagandaleiter in Saarbrücken beobachten. Das Briefgeheimnis der Flüchtlinge und deren in Lindau verbliebenen zwei Hausangestellten wurde aufgehoben.

Die Lindauer NS-Stellen trauten den Angestellten nicht: „Beide werden weiter von der Polizei beobachtet. Sollte die Wahrnehmung gemacht werden, dass sie nicht zuverlässig genug sind, wird es sich notwendig erweisen, einen SA oder SS-Mann in jedem der beiden Anwesen unterzubringen.“

Beim Reichsinnenministerium in Berlin und dem bayerischen Innenministerium in München beantragte Lindaus Hauptamt zwischenzeitlich die nach einem NS-Gesetz vom Juli 1933 ermöglichte Wiederaberkennung der Staatsangehörigkeit für die Gebrüder Herzberger. Beim Grundbuchamt des Amtsgerichtes und beim Notariat wurde beantragt, einen eventuellen Verkauf der beiden Grundstücke durch ihre Besitzer nicht amtlich einzutragen. Mitte Oktober bestätigte die Politische Polizei in München die Beschlagnahme jeglichen Besitzes der beiden Emigranten in Deutschland.

*Ehemaliges Wohnhaus
von Julius und
Cäcilie Herzberger,
Schöngartenstraße 21*



Der Haushälterin von Julius Herzberger gelang es noch, dessen Hochzeitssilber aus dem Banksafe treuhänderisch an jüdische Freunde der Familie in Ulm zu übergeben. Das verbliebene Geld von rund 38 Mark beschlagnahmte allerdings die Polizei.

Julius Herzberger zog im November nach Ascona. Dort traf er seine Schwester Maria und deren Mann. Doch nachdem es Lindaus Bürgermeister Siebert im Februar 1934 gelungen war, in Berlin auch noch seine verbliebenen 80 Mark sowie Aktien im Wert von 3400 Mark zu beschlagnahmen, sah Julius Herzberger für sich und seine Frau keine Aussicht mehr auf eine menschenwürdige Zukunft frei von Schikanen und Verfolgungen.

Am 21. Februar tötete er sich 68-jährig in Ascona selbst. Seine Frau Cäcilie Herzberger lebte weiter in der Schöngartenstraße 21 und zog 1939 nach Reichenbach im Eulengebirge. Ihr weiteres Schicksal ist bisher unbekannt.

Alfons Herzberger gelang es von Saarbrücken aus und an den Machenschaften der Lindauer Machthaber vorbei, seinen „Haldenhof“ oberhalb des Wannentals erfolgreich privat zu verkaufen. Er zog 1935 mit seiner Frau Elsa nach Paris.

Quellen:

Stadtarchiv Lindau: B II/93/17 „Beschlagnahme des Herzbergischen Guts auf der Bäuerlinshalde“; Stadtarchiv Neunkirchen, Altakten A II Nr. 64, p.291 und „Alternativer Stadtrundgang zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht im November 1988 in Neunkirchen“; Archivio di Stato del Cantone Ticino, Sechs Zeitungen mit der jeweiligen Todesmeldung zu Julius Herzberger am 22.2.1934.

Anton Gies – Metallgewerkschafter – Kriegsgegner

Anton Gies wurde 1890 in Algrange in Lothringen geboren. Der gelernte Maschinenschlosser erlitt im 1. Weltkrieg als Soldat eine schwere Verwundung, was ihn vom Militärdienst weg und zur Arbeit in das 1917 in Lindau-Reutin eröffnete Zeppelinwerk Lindau für Flugzeugbau brachte, seit 1921 Escher-Wyss und heute Cofely. Zusammen mit Frau Angelika und dem ersten der drei gemeinsamen Kinder zog er in den Sorgersweg 6 in Lindau-Hochbuch.

Er trat in die Lindauer Ortsgruppe des Deutschen Metallarbeiter Verbandes ein und wurde 1928 bis 1933 dessen Lindauer Vorsitzender. Außerdem war er in verschiedenen Ehrenämtern der SPD tätig.

Nach einem heimlichen Treffen mit weiteren Lindauer Sozialdemokraten im Hinterland kehrte er wenige Tage nach dem deutschen Überfall vom 1. September 1939 auf Polen noch im Gasthaus „Bulligan“ im Stadtteil Schönau ein. Dort wurde er von anwesenden Nationalsozialisten in ein Gespräch verwickelt und provoziert. In einem unachtsamen Moment distanziert er sich offen von dem Überfall auf Polen und dem Krieg. Das Geld, das dieser Krieg kostete, kritisierte er, könnte vielen Arbeitern ein sorgenfreies Leben ermöglichen. Außerdem könne Deutschland aus diesem selbst angezettelten Krieg nur als Verlierer hervorgehen.

Er wurde denunziert und am 12. September 1939 im Auftrag der NSDAP-Kreisleitung Lindau von der Politischen Polizei verhaftet. Wegen staatsfeindlicher Meinungsäußerungen blieb er bis 19. November 1939 zunächst in Untersuchungshaft. Ohne weitere Vernehmung oder gar einer Vorführung vor einem Richter wurde er am 30. November in den Block 25 des Konzentrationslagers Sachsenhausen nördlich von Berlin eingeliefert.

Stark abgemagert wurde er fünf Monate später am 8. Mai 1940 zur Verhandlung vor einer Sonderkammer des Strafgerichtes Kempten nach Lindau transportiert. Dieses Gericht verurteilte ihn am nächsten Tag wegen Vergehens gegen das NS-Heimtückegesetz zu weiteren sechs Monaten Gefängnis. Die erlittene Untersuchungshaft wurde nicht angerechnet.



*Anton Gies mit Familie
ca. 1928*

Seine Frau fand ihn bereits zu diesem Zeitpunkt in gesundheitlich bedrohlichem Zustand an. Lindaus Gefängnisarzt, Dr. Stefan Euler, ignoriert jedoch ihre Bitte, den sterbenskranken Häftling zu schonen und erklärt ihn für transportfähig. Die Lindauer Nationalzeitung, vereinigt mit dem Lindauer Tagblatt und von Chefredakteur Karl Göbel geleitet, verhöhnte ihn in der Ausgabe vom 17. Mai 1940 öffentlich bei Nennung seines Namens als „unverbesserlichen Meckerer“.

Unter starker Bewachung und gefesselt wie ein Schwerverbrecher wurde Gies durch die Stadt zum Bahnhof geführt. Erst nach 14 Tagen und über etliche Zwischenstationen erreichte der Gefangenentransport erneut das KZ Sachsenhausen.

Knapp drei Monate später, am 22. August 1940, erhielt Frau Gies die Mitteilung, dass ihr Mann am 20. August 1940 angeblich an Herzschwäche gestorben und auf Staatskosten eingäschert worden sei. Gegen die Einsendung von fünf Reichsmark könne ihr eine Urne mit seiner Asche zugesandt werden.

Im September 2004 beschloss der Stadtrat Lindau die Benennung einer Straße im Gewerbegebiet Rickenbacher Wiesen nach Anton Gies.

Quellen:

„Anton Gies zum Gedächtnis“ in „Lindauer Tagblatt“ vom 17. Mai 1948; Tobias Schäfer „Anton Gies (1890–1940) in Siegfried Mielke (Hg.) „Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen – Biographisches Handbuch“, Band 1, Berlin 2002; Karl Schweizer „Mehr als 100 Jahre Metall-, Textil- und Holzgewerkschaften in Lindau“, Lindau 2004, S. 127–129.

Iwan Paczyk, Zwangsarbeiter, NS-Mordopfer

Iwan Paczyk (1928 –1944) war einer der 770 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter der Jahre 1939–1945 im Stadtgebiet Lindau (vgl. die Stationen Nr. 25, 26 und 27). Er kam 1941 als dreizehnjähriger Junge mit einem „Polentransport“ aus dem Raum Kielce südlich von Warschau nach Lindau. Halb verhungert und zerlumpt wurde er von einer Motzacher Bäuerin aus Mitleid mit auf ihren Hof genommen. Dort konnte er zunächst nicht als Arbeitskraft verwendet werden, sondern musste erst wieder genesen und zu Kräften kommen. Es fiel bald auf, dass er handwerklich sehr geschickt war und beispielsweise aus trockenen Maisblättern Schuhe flechten konnte.

Einmal beobachtete ihn der Leiter der damaligen Milchzentrale Lindau, als er, wie auf Milchbauernhöfen üblich, aus einer zum Kühlen in den Brunnen vor dem Hof abgestellten Milchkanne etwas Rahm abschöpfte und trank. Dies galt damals als „volksschädlich“ und war streng verboten. Ein weiteres Mal war er mit zwei jugendlichen Mädchen des Dorfes allein am Waldrand auf der Motzacher Reute beim Kirschen pflücken. Auch eine derartige zwischenmenschliche Nähe war aus rassistischen Gründen untersagt.

Eine Magd des Bauernhofes wurde in jener Zeit entlassen, da sie trotz wiederholter Ermahnungen durch den Bauern einfachste Hygieneregeln nicht beachtete. Als sie einige Zeit später auch auf einem weiteren Bauernhof in Oberhof entlassen wurde, kehrte sie nach Vorarlberg zurück. Dort wurde sie von der Polizei aufgegriffen und verhört. Nicht arbeitende Knechte und Mägde wurden in den Kriegsjahren durch NS-Behörden schnell als „asoziales Gesindel“ eingestuft und entsprechend bestraft. Wohl als Notlüge, so die Auskunft der heutigen Bauernfamilie, gab diese Magd vermutlich an, der polnische Zwangsarbeiter habe ihr „nachgestellt“.

Iwan Paczyk wurde nun von der Gestapo in Lindau verhaftet, eingesperrt und verhört. Der Bauernfamilie wurde zunächst nicht mitgeteilt, wie der Vorwurf lautete. Obwohl sich der Bauer selbst und die NS-Bauernführer von Reutin und Aeschach bei der NSDP-Kreisleitung und den Behörden für den Jugendlichen einsetzten, konnten sie dessen Hinrichtung nicht mehr verhindern, die 14 Tage später erfolgte.



Hinrichtungsplatz Iwan Paczyks 1944 am unteren Schönbühl

Alle Zwangarbeiterinnen und Zwangsarbeiter der umliegenden Bauernhöfe und die Bauern wurden von der NSDAP-Leitung angewiesen, der Hinrichtung am Schönbühl beizuwohnen. Dies verweigerten allerdings etliche von ihnen, darunter die Familie, auf deren Hof Iwan gearbeitet hatte, ohne dass sie dafür bestraft wurden. Der unschuldige Jugendliche musste ohne Gerichtsurteil vor der versammelten Partei- und Behördenprominenz in der Nähe des damaligen „Sonnenhäuschens“ nördlich des großen Klosterweihers auf Obstkisten steigen und wurde von dort aus an einem der Bäume erhängt.

Am Westende des Bereiches P des städtischen Friedhofes Aeschach beim Obelisk für die ehemaligen KZ-Häftlinge (vgl. Station 22) befindet sich eine städtische Gedenktafel für Iwan Paczyk.

Quellen:

Karl Schweizer „ Von Menschen, Maschinen und Sommerfesten – 90 Jahre Lindauer Gewerkschaftskartell“; Lindau 1991, ders. „Mehr als 100 Jahre Metall-, Textil- und Holzgewerkschaften in Lindau“; Lindau 2004; „Eine Notlüge führte zum Nazi-Mord an Iwan Paczyk“ in: Lindauer Zeitung vom 2.2.2008; Martin Weinman (Hg.) „Das nationalsozialistische Lagersystem“; Frankfurt/M 1990.

KZ-Opfer-Massengrab mit Obelisk

Am Westende des Gräberbereiches P des städtischen Friedhofes Aeschach befindet sich zwischen den Grabnummern 85 und 90 ein Massengrab samt Obelisk mit der Aufschrift „Zum Gedächtnis – Opfer der Jahre 1943/44“. Er trägt 25 Namen. Der vermutlich 1950 errichtete kleine Obelisk schmückt die in den internen Plänen der Friedhofsverwaltung als „KZ-Grab“ bezeichnete Grabstelle.

Die Beigesetzten wurden im Bestattungsbuch meist irreführend als „Häftling“ bzw. „Sträfling“ bezeichnet, waren aber tatsächlich Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge des KZ Dachau, welche während ihrer Zwangsarbeit für die Friedrichshafener Kriegsindustrie in Friedrichshafen selbst, bzw. drei davon in Saulgau starben. Bis am 20. September 1944 das Lindauer Krematorium seinen Betrieb wegen Gasmangels einstellen musste, wurden auch zahlreiche NS-Opfer der Region in Lindau eingeäschert.

Andererseits beinhaltet die Liste der in Friedrichshafen selbst beerdigten und dort namentlich erfassten Toten der sowjetischen Kriegsgräber innerhalb der Totenlisten der Friedhofsverwaltung die acht Namen folgender Menschen, welche zwischen 1942 und 1945 in Lindau im Alter zwischen 19 und 73 Jahren starben: Iwan Berschak aus Tarsowka/Ukraine, Wassyl Fistschuk aus Mohylno/Ukraine, Alexander Golowatsch aus Mariupol/Ukraine, Illia Holowi aus Belgrad/Jugoslawien (!), Helene Kianzinia aus Charkow/Ukraine, Anna Kommenko aus Kiew/Ukraine, Leonid Olichwier aus Hermanowitscha und Dusja Patschinskii aus Mohilew.

Auf dem Lindauer KZ-Grab-Obelisk stehen die Namen:

Franz Brajeski/Frantizek Brajewski (24 Jahre) KZ Dachau-Häftling aus Polen; Iwan Fiodoro (32 Jahre); Karl Fritz, KZ Dachau aus Messtetten (36 Jahre); Martin Führer, KZ Dachau aus Kirchenseeu (41 Jahre); Iwan Gema, Häftlingsnummer R 50519, gestoben in Friedrichshafen am 21.6.1944; Hugo Gutmann, KZ Dachau aus Kreuzlingen (46 Jahre); Miercyslaw Idczak aus Polen (27 Jahre) KZ Dachau, gestorben 1944 an Herz- und Kreislaufversagen bei Lungenschwindsucht; Heinrich Kaufmann, KZ Dachau aus Waldürn; Heinrich Kleber aus



*KZ-Grab-Obelisk,
Friedhof Aeschach*

Schwerdenhöhe, KZ Dachau (38 Jahre); Arthur König aus Barmen-W., KZ Dachau (42 Jahre); Wasil Kosincuk gestorben am 18.3.1944 in Friedrichshafen (20 Jahre); Friedrich Kübler aus Jux bei Backnang (41 Jahre); Franz Kostera, KZ Dachau, vermutlich aus Holland (41 Jahre); Johann Labaj aus Lemberg/Polen (22 Jahre); Adolf Macholda, KZ Dachau aus Wien (45 Jahre); Ludwig Maciaszek aus Krakow/Polen (34 Jahre); Johann Mazur, KZ Dachau aus Lisowec (34 Jahre); Alex Piwo-warow (35 Jahre); Iwan Sojin aus Bekowa (40 Jahre); Andreas Spiegel, KZ Dachau aus Wien (40 Jahre); Adolf Spies, KZ Dachau aus Düsseldorf (41 Jahre); Karl Springer, KZ Dachau aus Dinkelsbühl (55 Jahre); Iwan Ustinow, gestorben am 28.4.1944 in Friedrichshafen (19 Jahre); Kurt Wehrheim, KZ Dachau aus Giessen (32 Jahre) und Frantisek Zboril aus Szlas/Zlin, der 1943 im Alter von 43 Jahren an Quetschungen starb.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB Lindau gedenkt gelegentlich der Opfer mit Veranstaltungen am Grab.

Quellen:

Namensliste des Massengrabes bei der Friedhofsverwaltung Lindau; Totenlisten der Friedhofsverwaltung Friedrichshafen mit acht in Lindau verstorbenen Sowjetbürgern innerhalb der russischen Kriegsgräber in Friedrichshafen; Namensliste der nach Lindau überführten ehemaligen KZ-Häftlinge im KZ-Museum Dachau von 1951, Sign. 17.119; Georg Metzler „Geheime Kommandosache“, Bergatreute 1996; Christa Tholander „Fremdarbeiter 1939–1945“, Essen 2001.

Dr. med. Davidson – jüdischer Landarzt

1920 zog der 1870 in Hildesheim geborene Dr. med. Otto Davidson mit seiner Frau Hedwig, geb. Günther (1878–1942), seiner Tochter Ortrud (1910–1984) und seinem Sohn Erhard (1913–1996) als praktizierender Arzt nach Lindau-Reutin. Seine Praxis eröffnete er im damaligen Eckhaus der Kreuzung Kemptener Straße 112, heute 110, und dem Riggerweiler Weg unterhalb des Schönbühls. Bereits 1905 waren er und seine Frau vom jüdischen zum evangelischen Glauben übergetreten. Beide Kinder wurden von Anfang an christlich erzogen.

1929 engagierte sich Otto Davidson durch einem Brief an den Lindauer Stadtrat mit Nachdruck für die dringend notwendige Eröffnung einer ersten Apotheke im Stadtteil Reutin, damit „die Bewohner möglichst schneller und bequemer“ zu den für sie wichtigen Medikamenten kamen.

Doch dies und seine Beliebtheit in dem stark von Arbeitern und Bauern geprägten Stadtteil sollten ihn und seine Familie vor den antijüdischen Benachteiligungen und Bedrohungen durch das 1933 an die Regierungsmacht gelangte NS-Regime nicht schützen. Auch nicht seine Anzeige im Lindauer Tagblatt vom 3. April 1933: „Ich erkläre hierdurch öffentlich, dass ich und meine ganze Familie Christen sind“.

Tochter Ortrud formulierte dies in ihren Erinnerungen u.a. so. „Ich habe mit 12 Jahren schon die Erfahrung gemacht, dass man mich aus dem deutschnationalen Jugendbund entfernt hat, aus dem Grund, dass ich Jüdin sei. Mein Vater war Arzt, und zwar ein richtiger Landdokter. Richtig gemerkt, was auf uns zukam, haben wir es am 1. April (1933, K.S.), als man uns Leute vor die Tür stellte, die aufpassen sollten, wer zu uns kam. Da ist es zum ersten Mal klar geworden, dass wir jetzt diskriminiert werden. Nach und nach kamen auch wieder Patienten, denen mein Vater natürlich auch geholfen hat. Obwohl einige in einem großen Werk gewarnt worden waren ‚Ihr verliert Eure Stellung, wenn Ihr zu dem Juden geht‘ und die Praxis im Ganzen zurück ging, praktizierte er bis 1938 weiter. Dann musste er aufhören. Damals wussten wir ja ganz sicher, dass ich als halbarisch gelte und keinen Arier heiraten durfte. Wer mich heiraten will, der begeht Rassenschande und verliert seinen Beruf.“



Ortrud und Dr. med. Otto Davidson

Während der Tage rund um die Reichspogromnacht vom 9. November 1938 wurde Otto Davidson in das Lindauer Gefängnis verschleppt. Sein bisheriges Arzt-Auto und sein Radio musste er abliefern.

1942 starb seine Frau Hedwig. Noch im Februar 1945 wurde er in das KZ-Ghetto Theresienstadt verschleppt. Sein Sohn Erhard, dessen Beförderung zum Unteroffizier 1944 wegen eines vom Lindauer Amtsarzt verweigerten „Arier-Nachweises“ gestoppt, und er selbst daraufhin „unehrenhaft“ aus der Wehrmacht entlassen worden war, versteckte sich nun in Hamburg. Tochter Ortrud wurde in Lindau zeitweise von der Hebamme Elisabeth Wolfart versteckt.

Otto Davidson überlebte die Todesgefahren durch Seuchen, Nahrungsmangel und die Willkür des Aufsichtspersonals des KZ-Ghettos nur knapp, kehrte nach Lindau zurück und eröffnete im September 1945 wieder seine Praxis. Doch seine Gesundheit war inzwischen stark angegriffen. Vier Jahre später verstarb er. Der amtliche Bescheid über eine geringe Entschädigung für rassistische Diskriminierung traf erst danach ein.

Quellen:

Stadtarchiv Lindau, B II 108/20 „Errichtung einer neuen Apotheke“; Lindauer Tagblatt vom 3. und 6.4.1933; Karl Schweizer „Jüdisches Leben und Leiden in Lindau – Ein Überblick“, Lindau 1989.

Alois Huber – Jungarbeiter, KZ Dachau und Flossenbürg

Hier wohnten zur Miete Alois Huber, welcher 1910 als älterer der beiden Söhne der Heimarbeiterin und Hausfrau Franziska „Fanny“ Huber, geb. Kiefinger, und des Bierbrauers bei der Inselbrauerei, Alois Huber sen. geboren wurde.

Alois lernte beim deutschnationalen Lindauer Tagblatt den Beruf des Schriftsetzers, wurde aber nach der Lehre arbeitslos. Nach einer ersten Wanderzeit in Deutschland und den Nachbarländern kam er ein erstes Mal zum Arbeitsdienst in Lindau. Da er in einem von der Arbeitsdienstleitung erwünschten Aufsatz über diesen nicht nur lobende Dinge schrieb, er war inzwischen Mitglied der KPD und der Roten Hilfe geworden, wurde der Aufsatz auch Oberbürgermeister Siebert vorgelegt und Huber unter polizeiliche Beobachtung gestellt.

Er begab sich noch einmal auf Wanderschaft und kam 1935 in Kandel/Pfalz erneut in den Reichs-Arbeitsdienst. Dort zeigte ihn der Leiter wegen oppositioneller Aktivitäten gegen das NS-Regime an. Vom „Volksgerechtshof“ wegen „Landesverrats“ zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, erwartete ihn am Tage seiner Entlassung aus der Ebracher Haftanstalt am Tor die Gestapo und verschleppte ihn in das KZ Dachau. Weder ihm noch seinen Eltern wurde je mitgeteilt, warum er nach Verbüßung der Haft in das Konzentrationslager verschleppt wurde.

Zu den KZ-Vorschriften gehörte, dass, falls ein Häftling in Briefen an seine Verwandten beispielsweise etwas über Vorgänge im KZ mitteilt, er „mit 14 Tagen strengem Arrest und mit 25 Stockhieben zu Beginn und am Ende der Strafe bestraft“ werden würde. Gnadengesuche der Eltern an den Reichsführer SS und der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, und an Adolf Hitler persönlich blieben erfolglos.

Im September 1939 wurde Alois Huber zusammen mit den anderen Dachau-Häftlingen erstmals in das neu errichtete KZ Flossenbürg im Oberpfälzer Wald verlegt, vom März 1940 bis Dezember 1942 wieder zurück in das KZ Dachau. Von dort schrieb er im September 1940 nach Lindau: „Meine liebe Mutter! Es fällt mir immer unendlich schwer, liebste Mutter, Deine Briefe zu beantworten. Die langen Jahre der Haft und des Getrenntseins von Menschen die einen verstehen haben mich sehr



Alois Huber etwa 1933

hart gemacht. Ich habe manchmal selbst Angst vor mir selber. Mein Inneres ist manchmal so aufgewühlt, dass es mir nicht gelingt, Briefe zu beantworten.“

Im Juni 1942 starb der Vater und Alois Huber wurde im Dezember erneut nach Flossenbürg verlegt. Dort musste er mit der Häftlingsnummer 1471 im Außenlager Nova Rohle in der Tschechei in den von der SS und der Dresdner Bank „arisieren“ Keramischen Werken „Bohemia“ arbeiten. Beispielsweise wurden für die bayerische Firma Messerschmitt Teile ihrer Me-109-Flugzeuge hergestellt. Ein erneut von der Mutter beantragtes Begnadigungsverfahren scheiterte im Sommer 1943, weil Lindaus NS-Kreisleiter Hans Vogel († 1945) und Lindaus Bürgermeister Dr. Stefan Euler ihre Fürsprache verweigerten.

Alois Huber starb am 29.12.1944 im KZ-Außenlager „Bohemia“. Die Mutter in Lindau erfuhr davon, indem ihr letzter Brief an ihren Sohn mit der Bemerkung, dass dieser gestorben sei, zurück kam. Nach einem Beschwerdebrief erhielt sie später ein Paket mit durchnässten und halb verbrannten Kleidungsstücken und die polizeiliche Mitteilung, Alois Huber sei an einer Lungenentzündung gestorben.

Quellen:

Karl Schweizer „Briefe aus Konzentrationslagern nach Lindau“ in: Jahrbuch des Landkreises Lindau 7 (1992) S. 69–75

Kinder im Zwangsarbeiterlager Kamelbuckelbrücke

Während des NS-Faschismus mussten rund 770 Menschen aus den besetzten Ländern im Stadtgebiet Lindau Zwangsarbeit verrichten. Östlich der Kamelbuckelbrücke wurde ein gemeinsames Barackenlager der Reichsbahn, der Deutschen Arbeitsfront DAF und der Stadt Lindau eröffnet. Die dort eingesperrten Menschen mussten u.a. für die Reichsbahn, die Escher Wyss Werke und die Wankel-Werke arbeiten. Ein Brief der Escher Wyss Werke Lindau vom 6. Juli 1943 an das Rüstungskommando in Augsburg hielt beispielsweise fest: „Vor allen Dingen sollten uns nunmehr die längst versprochenen und erwarteten Ukrainer, bzw. umgeschulten Ostarbeiter zugewiesen werden. Die Baracke, welche wir mit der Stadt zusammen für den Zweck errichtet haben, droht uns sonst zu allem Unglück wieder weggenommen zu werden.“

Rektor Melchior Baptist erinnerte sich an das Lager wie folgt: „Im März 1943 begann das Lager mit 28 franz. Kriegsgefangenen. Einige sind in die Schweiz entkommen. Ihnen folgten Polen und Russen. Russen waren als Schuster und Schneider für das Lager tätig. Es war schwer, das Notwendigste an Kleidung, Schuhen und Nahrung zu beschaffen. Das Lager zählte zuletzt 110 Männer, 72 Frauen und 28 Kinder. Alle Nationen waren zuletzt im Eisenbahnbetrieb vertreten; Franzosen, Polen, Russen, Serben, Slowaken, Kroaten, Italiener, Tschechen, Ungarn, Belgier, Holländer, Griechen“.

Eine damals 22-jährige ukrainische Zwangsarbeiterin schilderte rund 60 Jahre später die Situation im Lager:

„Danach kamen wir im Herbst 1944 in das Kamelbuckel-Lager in Lindau-Reutin. Wir durften im Lager aber nicht überall hingehen. Ehepaare durften in der gleichen Baracke sein. Das Lager sah auch so aus, wie es aussah als ab Mai 1945 die französischen Soldaten dort Nazis festhielten. Um das Lager herum war Stacheldraht und es wurde von bewaffneten Wachmännern bewacht. Eine Baracke war gemauert gewesen. Die anderen waren aus Holz. In einem Teil des Lagers zum Kamelbuckel hin waren französische Gefangene. Die waren von uns ganz abgesperrt. Das waren nur Männer. Die mussten für Escher-Wyss arbeiten. Das Lager reichte von der Kamelbuckelbrücke bis hinter die Fink-Häuser und im Osten bis zu dem



*Zwangsarbeiterlager
Kamelbuckel, US-Luftbild
April 1945*

Lokomotivschuppen. In dem Raum in dem ich war, waren etwa 30 Personen untergebracht. Es gab dort Dreistockbetten. Ich lag immer auf dem oberen Bett. Es waren glaube ich drei Zimmer in jeder Baracke. Eine Extrabaracke war die Küche. Dort wurde das Essen für die Häftlinge gekocht.

Das schlimmste für mich waren während der ganzen Zeit immer wieder die Demütigungen. Nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes im Herbst 1944 wurden auch polnische Leute in das Kamelbuckel-Lager verschleppt. Eine Polin brachte einen schönen Pelzmantel mit. Aber sie hatte keine Schuhe. Sie sollte aber dann auch zum Arbeitseinsatz gehen. Aber ohne Schuhe wollte sie das nicht. Deshalb wurde sie vom Wachpersonal geschlagen. Sie konnte doch nichts dafür, dass sie keine Schuhe hatte. Sie musste dann trotzdem zur Arbeit außerhalb vom Lager. Dass der Krieg im April 1945 zuende ging haben wir gewusst. Das erzählte einer dem anderen bei uns. Die Wachmannschaft war dann auf einmal weg und wir waren frei.“

Quellen:

Militärarchiv Freiburg, Bestand Rüstungskommando Augsburg, RMfRuk 1051 und 1490 sowie RW 21-1/15; Heimatkundliches Dokumentationszentrums des Landkreises Lindau in Weiler, Nachlass Melchior Baptist; „Am schlimmsten waren die Demütigungen“ in Lindauer Zeitung vom 27.1.2009.

Mitmenschlichkeit machte Josef King zum Opfer der Nazis

Josef Anton King wurde 1922 als Bauernsohn in Hörbranz geboren. Von kleiner Statur und eher unscheinbar, war er seinen Klassenkameraden geistig in aller Regel überlegen. Es gab nur wenige seiner Mitschüler/-innen, denen er über die Jahre nicht gelegentlich oder immer wieder geholfen hätte. In seiner Freizeit beschäftigte er sich intensiv mit der neuen Hochfrequenztechnik des Radio- und Funkwesens. Nebenbei erlernte er zudem die russische Sprache. Hilfsbereitschaft, ein großer Wissensdurst und christliche Religiosität prägten seinen Charakter.

Nach dem Abitur 1942 am Gymnasium Bregenz wurde er zunächst als Soldat zur NS-Wehrmacht eingezogen. Der Krieg hatte bereits seinen einzigen Bruder als Todesopfer gefordert. Wegen der kurzsichtigen Augen von Josef King und auf Grund eines Antrages der Eltern dauerte der Soldatendienst nicht lange und King wurde zur Arbeit auf dem elterlichen Bauernhof als unabhkömmlich „uk“ freigestellt. Die Behörden stimmten allerdings nur unter der Bedingung zu, dass er der Gestapo in Bregenz und Lindau als Dolmetscher gegenüber den Zwangsarbeitern/-innen aus der Sowjetunion und Polen diene. In Lindau waren während der Zeit des NS-Faschismus insgesamt 770 erfasste Männer und Frauen aus verschiedenen europäischen Ländern zur Zwangsarbeit verpflichtet worden. Eines der beiden Zwangsarbeiterlager der Firma Dornier Lindau-Rickenbach befand sich an der Stelle des heutigen Betriebsparkplatzes südwestlich des Hauses Rickenbacher Straße 124/126. In der Aufzählung des Rüstungskommandos Augsburg vom 20. Juli 1942, welche Firmen in bayerisch Schwaben „Bedarf für einen Dolmetscher für russische Zwangsarbeiter angemeldet“ hatten, wurden auch die Dornierwerke Rickenbach aufgelistet (vgl. Station 27).

In den Lagern hielt sich Josef King nicht nur an seinen offiziellen Auftrag, sondern er pflegte mit der Zeit einen freundlichen zwischenmenschlichen Kontakt zu den Zwangsarbeitern/-innen bei den Dornier-Werken, den vom NS-offiziellen Rassismus als „slawische Untermenschen“ ausgegrenzten Männern und Frauen. Er half ihnen an freien Sonntagnachmittagen bei der Formulierung von Anträgen und Eingaben an den Betrieb



Josef King

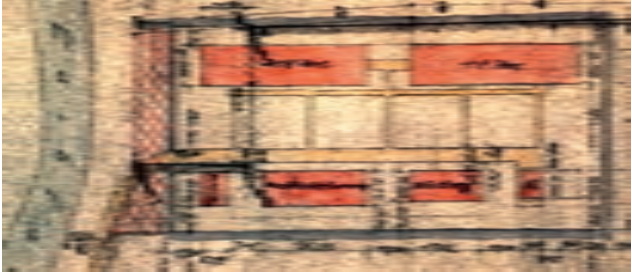
und die Behörden. Auch unterhielt er sich mit ihnen verbotener Weise über deren Heimat, den Krieg und den Lindauer Arbeitsalltag.

Am 6. Juni 1944 wurde King deswegen verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis Lindau eingeliefert (vgl. Station 13). Von dort kam er in das Gestapo-Gefängnis nach Innsbruck und am 19. Januar 1945 mit der Häftlingsnummer 116189 in das KZ Mauthausen. Offensichtlich auf Anordnung der Gestapo wurde er dort kurz vor der Befreiung des Lagers zusammen mit weiteren 250 österreichischen Häftlingen am 25. April 1945 ermordet.

Quellen:

Meinrad Pichler „Vergessen? Das Opfer nationalsozialistischer Gewalt: Josef A. King“ in: „Montfort“, Vierteljahresschrift für Geschichte und Gegenwart Vorarlbergs, 33/1 (1981) S. 72–74; Karl Schweizer „Josef Anton King“ in: Lindauer Zeitung vom 27.1. 2006; Martin Weinmann (Hg.) „Das nationalsozialistische Lagersystem“, Frankfurt/M 1990; Militärarchiv Freiburg, Bestand Rüstungskommando Augsburg, Akte RmfRuK 953.

Das Russenlager Rickenbach-Zech



Zwangsarbeiterlager Zech-Rickenbach, Plan von 1942

Im Sommer 1942 genehmigte das Stadtbauamt der Firma Dornier an der Laiblach östlich der heutigen Kläranlage „die Erstellung eines Barackenlagers für ausländische Arbeitskräfte in Lindau/Reutin/Zechgelände“, auch als „Zivil-Russenlager Rickenbach-Zech“ für bis zu 360 Mann bezeichnet (vgl. Station 26).

Zu den wenigen Bauauflagen gehörten u.a.: „2. Die der Laiblach (sic) zugeführten Abortabwasser müssen vorher eine Frischwasser-Kläranlage passiert haben. 3. Bei Aufhebung des Lagers muss der ursprüngliche Zustand des Grundstückes wieder hergestellt werden.“

Das Lager bestand aus zwei Unterkunftsbaracken für die Zwangsarbeiter/-innen, einer Waschbaracke, einer Revierbaracke mit Waschräumen, einer Wäschereibaracke und einer Abortbaracke. Toiletten, Bäder und Bettenräume wurden für Frauen und Männer getrennt.

Mitte Dezember 1942 meldete das Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Augsburg: „Das Lager der Fa. Dornier-Werke Rickenbach a. d. Laiblach ist fertiggestellt und teilweise belegt.“

Nach dem Sturz Mussolinis 1943 und der Einsetzung von Pietro Badoglio als Ministerpräsident Italiens, inhaftierte die deutsche Wehrmacht in Rom Soldaten der Badoglio-Divisionen. Auch in Lindau wurden bisher befreundete italienische „Arbeitskameraden“ und Soldaten als „Badoglios“ inhaftiert.

Quellen:

Militärarchiv Freiburg, Bestand Rüstungskommando Augsburg, Akte RW 21-1/14; Stadtbauamt Lindau, Altregistratur, Bauakte „Dornier Barackenlager für ausländische Arbeitskräfte in Lindau-Zech“.

Ehemaliges Barackenlager Zech

*Zecher
Barackenlager
1946*



An der Wand der Grundschule Zech weihte die Stadt Lindau 1997 eine Gedenktafel mit folgendem Text ein.

„An dieser Stelle errichtete das NS-Regime während des 2. Weltkrieges eines von mehreren Barackenlagern in Lindau. Bis Kriegsende diente es als Auffanglager für Wehrmachtsangehörige, danach als Unterkunft für französische Soldaten, als Grenzauffang- und Durchgangslager für Flüchtlinge, Heimatlose und auch für ehemals jüdische Verfolgte. Wir gedenken in Ehrfurcht der Opfer und des harten Schicksals der Vertriebenen und Verfolgten als Ausdruck und Folge des menschenverachtenden nationalsozialistischen Systems. Wehret erneuten Anfängen!

Gezeichnet: Müller, Oberbürgermeister.“

In das Lager, ursprünglich für den NS-Reichsarbeitsdienst errichtet, zog 1942 ähnlich wie u.a. in Langenargen erstmals eine Ausbildungskompanie des motorisierten Sturmbootkommandos 912 ein.

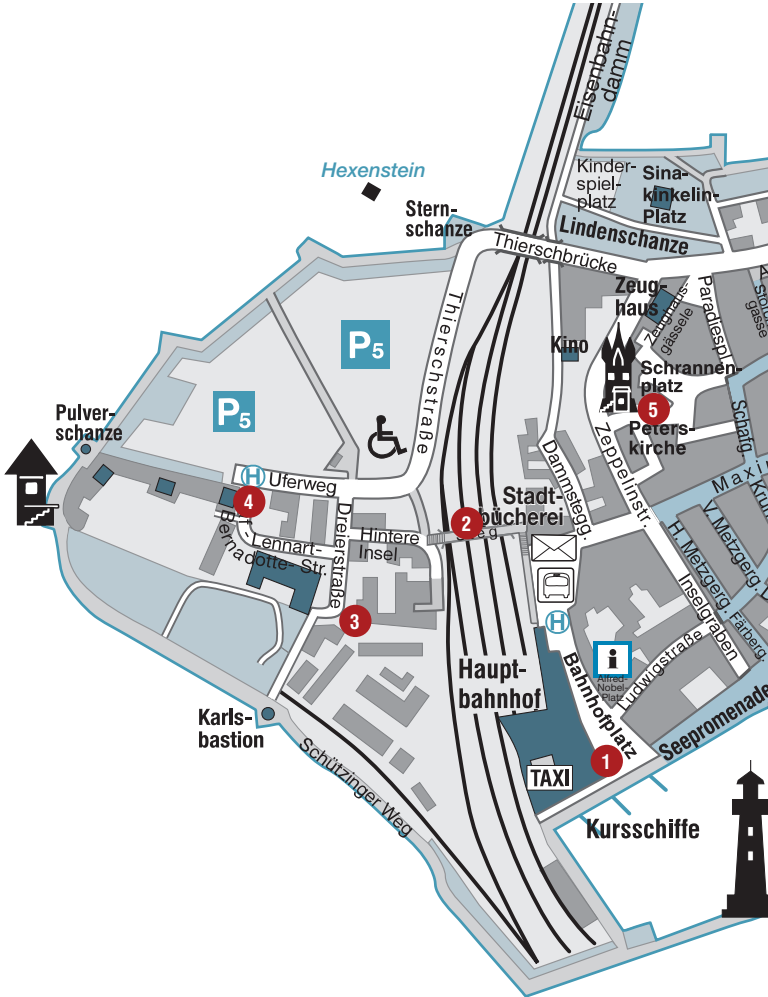
In den letzten 10 Tagen des 2. Weltkrieges sammelten sich 1945 im Lager zwischen 2000 und 3000 Flüchtlinge, darunter viele bisherige Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen, die inzwischen frei gekommen waren. Von November 1948 bis zum Sommer 1949 lebten in einem Teil der Baracken jüdische Displaced Persons (Heimatlose), welche auf eine Möglichkeit zur Weiterreise nach Südamerika warteten. 1956 wurden die Baracken abgebrochen, Kirche und Wohnblocks errichtet.

Quellen:

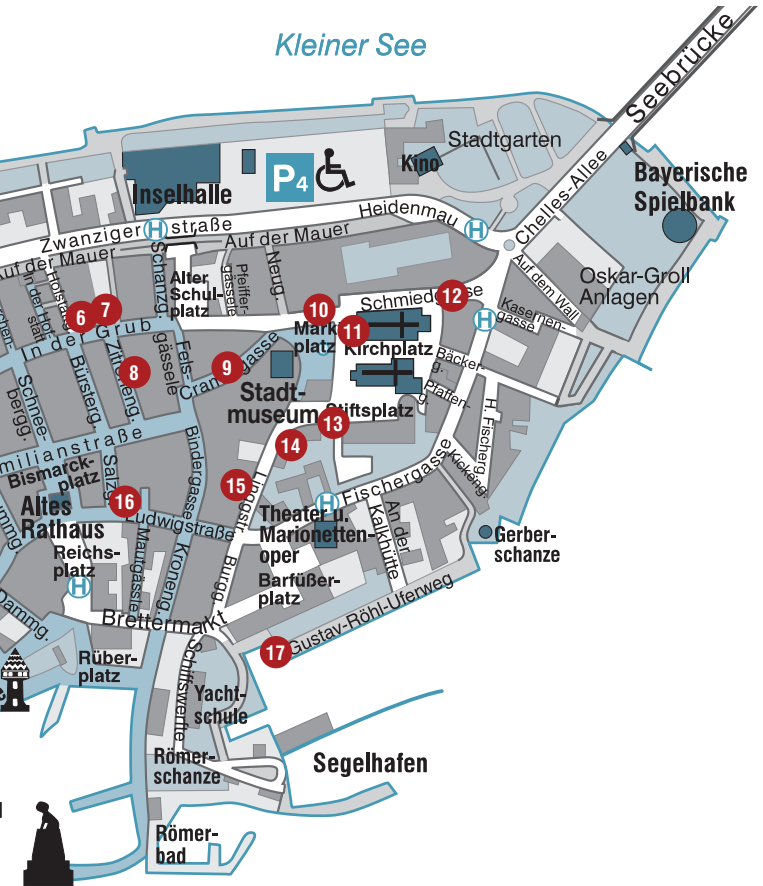
Lindauer Zeitung 26.4.1949, 25. und 28.1.1997; Johann Raab „Sturmboot-Kdo(mot) 912“, Nürnberg 1990.

Lindauer Gedenkweg Verfolgung und Widerstand 1933–1945

Die Stationen 1 bis 17 auf der Insel.



Kleiner See



Bodensee

Lindauer Gedenkweg Verfolgung und Widerstand 1933–1945

Die Stationen 18 bis 28 auf dem Festland.





Literatur- und Quellenhinweise

Literatur (Auswahl):

Hermann Dorf Müller „Von Schmugglern und Gendarmen, Revoluzzern und Ratsherrn. 100 Jahre SPD in Lindau – 100 Jahre Lindauer Stadtgeschichte“, Lindau 1999.

Günter Fichter „Das Jahr 1933 in Lindenberg. Der Weg in den braunen Terror“, in „Jahrbuch des Landkreises Lindau“ 23 (2008), S. 119–129.

Christa Harpf „Die Stunde Null in Lindau“, Lindau 1984.

Hannah Kind „Nationalsozialistische Machtergreifung und Prozess der Gleichschaltung in Lindau“, Facharbeit aus dem Fach Geschichte, Bodensee-Gymnasium Lindau (B), Lindau 2000.

Rosmarie Metzenthin „Wir standen unter den Pappeln – Erinnerungen an meine Kindheit und Jugend“, Zürich 2006.

Friedrich Schmidt „Die bösen Jahre“, Lindau 1967.

Karl Schweizer „100 Jahre 1. Mai in Lindau“, Lindau 1990.

Karl Schweizer „Jüdisches Leben und Leiden in Lindau“, Lindau 1989.

Karl Schweizer „Lindauer Frauengeschichte(n) – Eine Skizze“, Lindau 2000.

Karl Schweizer „Mehr als 100 Jahre Metall-, Textil- und Holzgewerkschaften in Lindau“, Lindau 2004.

Karl Schweizer „Der Nationalsozialismus in Stadt und Landkreis Lindau“, in Werner Dobras/Andreas Kurz (Hrsg.) „Daheim im Landkreis Lindau“, Konstanz 1994, S. 113–135.

Karl Schweizer „Von Menschen, Maschinen und Sommerfest – 90 Jahre Lindauer Gewerkschaftskartell 1901–1991“, Lindau 1991.

Karl Schweizer „ ‚Vor seinem Abgang hinterließ er noch einen Befehl ...! Ende des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges in Lindau 1945‘, in „Montfort. Vierteljahresschrift für Geschichte und Gegenwart Vorarlbergs“ 47/3 (1995), S. 231–243.

Manfred Stoppel „ ‚Ach, was hat man doch im Felde für liebe Menschen kennengelernt! Adolf Hitlers Beziehungen zur Bodenseestadt Lindau‘, in „Jahrbuch des Landkreises Lindau“ 14 (1999), S. 81–88.

Manfred Stoppel „Die Entwicklung der frühen NSDAP (1922–1933) in Lindau am Bodensee. Parallelen und Berührungspunkte mit Vorarlberg“, in „Jahrbuch des Landkreises Lindau“ 17 (2002), S. 106–122.

Die oben aufgeführten Titel sind alle in der Dienstbibliothek des Stadtarchivs Lindau vorhanden.

Digitale Fundstelle:

Aufsatzsammlung zum Thema „NS-Faschismus in Lindau und Umgebung“ im „Digitalen Geschichtsbuch Lindau“ auf www.edition-inseltor-lindau.de .

Quellen im Stadtarchiv Lindau (Auswahl):

Städtisches Schriftgut, Bestand „Bayerische Akten II“ (= B II):

B II/34/3 „[darin:] Dornier-Überwachung“, 1934.

B II/133/18 „Die Schwäbische Volkszeitung und die sonstige sozialistische Presse“, 1923–1933.

B II/134/2 „Vollzug des Gesetzes über Versammlungen und Vereine“, 1874–1937.

B II/134/3 „Überwachung politischer Versammlungen“, 1891–1931.

B II/149/20 „Der freiwillige Arbeitsdienst“, 1931–1934.

B II/149/20a „Die Arbeitsdienstpflicht, hier: Überleitung aus dem freiwilligen Arbeitsdienst“, 1933

B II/149/20b „Die Arbeitsdienstpflicht, hier: Einrichtung des Stamm-lagers Lindau (B)“, 1933.

B II/149/28 „Dornier-Metallbauten in Rickenbach“, 1933–1936.

B II/149/28a „Werklager Dornier“, 1934–1935.

B II/152/36 „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben“, 1933–1937.

B II/220/77 „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, 1933.

Stadtchroniken:

Lit. 50: 1890–1944.

Lit. 51: 1945–1957.

Lokalpresse:

„Lindauer Tagblatt“, bis 03/1934.

„Lindauer Nationalzeitung vereinigt mit dem Lindauer Tagblatt“, 04/1934–09/1941.

„Südschwäbisches Tagblatt“, 10/1941–04/1945.

Abkürzungsverzeichnis:

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: Dachverband der sozialdemokratisch orientierten Freien Gewerkschaften während der Weimarer Republik
BVP	Bayerische Volkspartei: Vertreterin des politischen Katholizismus, Schwesterpartei des Zentrums, Vorläuferin der CSU
DAF	Deutsche Arbeitsfront: Zwangsgemeinschaft von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, größte NS-Massenorganisation
DAP	Deutsche Arbeiterpartei: ursprünglicher Name der NSDAP
DC	Deutsche Christen: dem Nationalsozialismus nahestehende Protestanten, deren Verfälschung der christlichen Lehre durch die NS-Rassenideologie von der „Bekennenden Kirche“ bekämpft wurde
DNVP	Deutschnationale Volkspartei: rechtskonservative Gruppierung, 1933 Koalitionspartner der NSDAP
DVSTB	Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund: größter antisemitischer Verband nach dem 1. Weltkrieg
Gestapo	Geheime Staatspolizei: eng mit der SS verbundene staatsterroristische Organisation zur Überwachung der politischen Gesinnung in der Bevölkerung, zur Verfolgung von Abweichlern, Juden usw., vor Folter und Mord nicht zurückschreckend
HJ	Hitlerjugend: ursprünglich Jugendorganisation der NSDAP, nach 1933 staatlicher Jugendverband, dem seit dem HJ-Gesetz (1.12.1936) alle 10–18-jährigen Jungen und Mädchen angehören mussten
KdF	„Kraft durch Freude“, so bezeichnete Tourismusorganisation der DAF
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager: zentrale Einrichtungen des NS-Staatsterrors, zunächst von der SA, dann von der SS außerhalb der rechtsstaatlichen Sphäre betrieben; in den KZs wurden Angehörige aller Gruppen, die das Regime als Gegner ansah, festgehalten, zur Zwangsarbeit gepresst und – namentlich seit 1941 die Juden – fabrikmäßig vernichtet
NS	nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
SA	Sturmabteilungen: 1921 gegründeter paramilitärischer Kampfverband der NSDAP, der seine ursprünglich große Bedeutung 1934 an die SS verlor
SoPaDe	Exilorganisation der SPD, die nach Hitlers Regierungsantritt aufgebaut und zunächst von Prag aus geleitet wurde
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel: aus der 1925 gegründeten Leibwache Adolf Hitlers entwickelte sich ab 1934 die wichtigste Stütze des Regimes, eine elitäre, weit verzweigte terroristische Organisation, die an allen NS-Verbrechen maßgeblich beteiligt war und eine eigene Armee, die Waffen-SS, unterhielt
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands: 1917 gegründeter linker Ableger der SPD, seit 1922 bedeutungslos, z.T. in der KPD aufgegangen

Bildnachweise:

Armbrusters Bildersammlung zur Bienenkunde, Stiftung Domäne Dahlem, Berlin (Repro: I. Jung-Hoffmann): Station 18

Bayerisches Staatsarchiv München: Station 13

DB Museum Nürnberg: Station 2

Christa Gebath: Station 20

Sammlung Karl Schweizer:

Titelseite, Rückseite sowie die Stationen 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 14, 15, 17, 19, 21, 22, 23, 24, 26 und Seite 11

Stadt Lindau, Registratur des Bauamtes: Station 27

Stadtarchiv Ravensburg: Station 16

Hans Steinberger: Station 28

University of Keele, UK, Air Foto Library: Station 25

Konzentrationslager Dachau K 3

Folgende Anweisungen sind beim Schriftverkehr mit Gefangenen zu beachten:

1.) Jeder Schriftverkehr muss auf dem Kopf zwei Briefe oder zwei Karten von seinen Angehörigen empfangen und an sie abgeben. Die Briefe an die Gefangenen müssen gut lesbar mit Tinte geschrieben sein und dürfen nur 10 Zeilen auf einer Seite umfassen. Gestaltet ist nur ein Briefbogen normaler Größe. Briefumschläge müssen ungeheftet sein. In einem Brief dürfen nur 5 Briefmarken à 12 Pf. beigelegt werden. Alles andere ist verboten und unterliegt der Beschlagnahme. Postkarten haben 10 Zeilen. Lichtbilder dürfen als Postkarten nicht verwendet werden.

2.) Geldsendungen sind gestattet.

3.) Es ist darauf zu achten, dass bei Gleich- oder Postsendungen die genaue Adresse, beziehungsweise Name, Geburtsdatum und Gefangenennummer auf die Sendungen zu schreiben ist. Ebenso müssen alle Schreiben dem gehenden und vorzulegenden Absender tragen. Wenn die Adresse fehlerhaft ist, geht die Post an den Absender zurück oder wird verbrannt.

4.) Zeitungen sind gestattet, dürfen aber nur durch die Poststelle des K. 1. Dachau besorgt werden.

5.) Pakete dürfen nicht geschickt werden, da die Gefangenen im Lager ohne kaufen können.

6.) Entlassungsgesuche aus der Schutzhaft an Straf-Erweiterung sind zwecklos.

7.) Sprecherauftritt und Besuche von Gefangenen im Konzentrationslager sind grundsätzlich nicht gestattet.

Der Lagerkommandant.

Meine Anschrift:

Name: Huber Alois

geboren am: 30. 3. 1910

Geht-Nr. 768 18/3

Dachau, den:

**Weihnachten
1940**



Meiner
lieben
Mutter
In Treue und Liebe
gedenket Deiner
voll Sehnsucht;
Dein Alois!